

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Belegungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interkons-Gebühr
 beträgt für die sechsgebundene Kolonne-
 zelle oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und geschäftliche Berichts-
 und Besammlungs-Artikeln 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Interate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Mirbach-Mosaik.

Freiherr v. Mirbach hat größere Verdienste denn irgend jemand vor ihm erworben um die Enthüllung des wahren Wesens des hiesigen Schranzgenusses, wie es sich in diesem Zeitalter des ergaunerten Reichthums entwickelt. Und noch immer ist seiner verdienstvollen Thaten kein Ende. Die „Meln.-Westf. Ztg.“ bringt heute eine Veröffentlichung, deren Thatfachen sich den Offenbarungen des Pommernprozesses würdig anreihen. Dem höchst ordnungsmäßigen Blatte geht die Zuschrift eines Parlamentariers zu, die „sich auf durchaus zuverlässigen Informationen aufbaut“. Die Zuschrift sagt:

„Der Oberhofmeister Freiherr v. Mirbach hat diese eigen-
 ständige Thätigkeit, das sogenannte christliche Liebeswerk in Berlin
 zu fördern, auch heute durchaus nicht eingestellt. Er hat vielmehr
 noch in letzter Zeit wieder einen ganz neuen Plan aus-
 gearbeitet, um weitere Mittel zu beschaffen, die vor allem dazu
 dienen sollen, die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche mit kostbarem
 Mosaik auszustatten.“

Das Kaiserpaar feiert im nächsten Jahre seine silberne
 Hochzeit. . . In Abgeordnetenkreisen ist bereits mehrfach er-
 wogen worden, zu dem Tage ein Rationalgeschenk zu errichten,
 sei es auf dem Wege der Gesetzgebung oder durch einen
 offenen Aufruf aller Parteien an das Volk. Freiherr
 v. Mirbach hat aber inzwischen einen andern
 Weg beschritten. Bei dem großen persönlichen Einfluß,
 den er besitzt, bedient er sich ohne weiteres des preußi-
 schen Verwaltungsapparates und schreibt wie eine Ministerial-
 instanz an die Oberpräsidenten Erlasse über eine zu ver-
 anstaltende Sammlung, welche diese amtlich an die Landräte und
 diese weiter an die nachgeordneten Stellen weitergeben. Das
 Ministerium scheint in der Sache übergegangen zu sein
 und der Oberhofmeister direkt mit den preußischen Behörden zu
 verkehren. In diesen Erlässen werden die Behörden aufgefordert,
 in ihren Bezirken Beiträge zu sammeln, welche zur Ausschmückung
 der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu verwenden und am Tage
 der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars diesem zu über-
 geben sind. Wenigstens ist dies in mehreren Provinzen
 rechts und links von der Elbe geschehen. Es erscheint unzuträglich,
 daß derartig eine private Persönlichkeit Aufgaben übernimmt, die der Re-
 gierung oder der Volksvertretung, oder einem freien Komitee zu-
 fallen sollten, und zwar unter Inanspruchnahme der preußischen
 Bureaukratie.

Noch bedenkllicher aber ist die Art, wie die Spende nach den
 verschiedenen Erlässen des Herrn v. Mirbach gesammelt werden
 soll. Der Oberhofmeister schreibt an die Präsidenten, daß sämt-
 liche Spender in ein besonderes Buch eingetragen werden sollen,
 und dies Buch wird beiden Majestäten persönlich
 vorgelegt werden. Dieser deutsche Wink hat nur dann
 Wert, wenn in ihm die Voraussetzung liegt, daß die Re-
 gierungsstellen, welche die längsten Listen herbeibringen, wohlwollende
 Anerkennung finden und wenn die Geber mit mehrstellige Ziffern
 entsprechend belohnt werden. Es ist also ein einfaches Kommerzienrats-
 geschäft, das sich unter dem Scheine kirchlichen Eifers und dynastischer
 Gefinnung verbirgt. Ist das der Weg, der zu einer wirklichen
 Volkshilfe führt, an der das Volk in seiner Gesamtheit teil hat?
 Herr v. Mirbach schiebt geradezu die größten Reichen des Volkes
 bei dieser Volksspende aus! In einem seiner Erlässe, welche von
 oben an die Landräte gehen, bittet er ausdrücklich „kleinere
 Sammlungen zu verhindern“, denn solche Sammlungen
 hätten „offens nur Beiträge von 12-200 Mk. erbracht.“ Solche
 Sammlungen sind aber erstlich allgemein unbeliebt und sie geben
 reicheren Leuten Veranlassung, nur Beiträge von 10-20 Mk. zu
 zeichnen, dadurch wird ein gutes Resultat der Sammlung ge-
 fährdet.“ Herr v. Mirbach scheint es demnach für richtig zu
 halten, bei der Spende des Volkes nur die bekannten reichen Leute
 heranzuziehen, deren uneigennützigste Wohlthätigkeit er in Berlin
 schon schätzen gelernt hat. . .

Wie die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche, gleich andern Mirbach-
 Kirchen, erbaut ist nicht zum geringsten von den widerwillig
 gegebenen Geldern einer angebetelten Finanz, so soll eine kostbare
 Mosaik wiederum zusammengestellt werden durch Sammlungen bei
 den Reichen des Landes. Das Scherlein der Unbemittelten hat zu
 so frommer Stiftung keinen Wert: Kleine Sammlungen sind
 „allgemein unbeliebt“ und sollen verhindert werden. Nur
 diejenigen, deren Christlichkeit sich erwiesen hat durch reichliche
 Fähigkeit, aus ihren Mitteln Geld zu erwuchern, sollen würdig
 sein, zum gottseligen Mosaik der Gedächtniskirche beizusteuern.

Also schmückt Hofmeister-Christentum Kirchen.
 So zugleich kühlpf Hofmeister-Monarchismus die zarten Wände,
 die nach monarchischer Ueberlieferung Volk und Fürsten umfassen
 sollen. Kein lästiger Umstärzler hat je das Christentum
 der Christlichen, je den Monarchismus der Monarchistischen der je-
 nigen Einschätzung unterzogen, die sich aus diesen Mitteilungen
 über die fromme und monarchische Thätigkeit des Freiherrn
 v. Mirbach ergibt.

Alle Unfähigkeiten, die der Pommernbank-Prozess aufwirbelte,
 erscheinen nochmals gesteigert und vervielfältigt.
 Und ein ganz neues Moment tritt hinzu: Der Verkehr des
 Oberhofmeisters mit den hohen Verwaltungsinstanzen. Es
 zeigt sich, daß nicht nur die Reichen den Wittbriefen des Ober-
 hofmeisters nicht widerstehen können, sondern daß auch die Oberpräsidenten
 seine „Erlässe“ in Empfang nehmen und unter Umgehung des
 Ministeriums sich zu Mitschuldigen des oberhofmeisterlichen Klingel-
 beutels machen. Man weiß nicht, ob die Oberpräsidenten nach dem
 Maße ihrer Leistungen im Mirbachdienst, ähnlich den Sanben und
 Schmidt, den Schuy und Romeid Titel- und Orden-Dank erwarten
 dürfen. —

Ein neuer japanischer Sieg

wird aus Ostasien gemeldet. Und zwar soll diesmal General
 Kuropatkin selbst gefangen und sein Hauptlager bei Liaufang erklarrt
 worden sein.

Man wird gut thun, diese angeblich über Rintschwang
 gelangten Londoner und New-Yorker Meldungen mit einiger Skepsis
 aufzunehmen. Liaufang befindet sich nämlich mindestens 50 Kilo-
 meter (Luftlinie) weit von jenen Stellungen, die die Japaner noch
 vor drei, vier Tagen bei Jöngwantschöng eingenommen haben
 sollen. Fünfzig Kilometer können von einer kleinen Kolonne
 wohl in zwei Tagen zurückgelegt werden, so starke Truppenmassen indes,
 wie sie zur Erstürmung von Liaufang hätten konzentriert werden
 müssen, dürften auch in der doppelten Zeit nicht heranzubringen
 gewesen sein. Am allerwenigsten in einem Gelände, wie es von den
 Japanern zu überwinden war, wo sich die wenigen vorhandenen
 Straßen im denkbar schlechtesten Zustande befanden, wo schwierige
 Pässe zu nehmen waren usw. Wir glauben nach alledem, daß diese
 Nachricht von dem entscheidenden Siege der Japaner über
 Kuropatkin zum mindesten den Ereignissen um einige Tage voraus-
 geeilt ist.

Ueber das
Schicksal der Kolonne Stadelberg
 liegt heute keine weitere Nachricht vor. Die angebliche Niederlage
 derselben bei Raiping hat noch keine Bestätigung erfahren.

Dagegen ist heute ein amtliches russisches Telegramm über die
Kreuzfahrt des Wladivostok-Geschwaders
 eingetroffen. Es lautet:

Petersburg, 23. Juni. Ein Telegramm des Admirals
 Strojlow von gestern meldet: Am 12. Juni ging die aus dem
 Kreuzer „Kossija“, auf welchem Vizeadmiral Besobrasow
 seine Platte geholt hatte, sowie den Kreuzern „Gromoboi“
 und „Juril“ bestehende Kreuzerabteilung in See, um
 Operationen gegen die Schiffverbindungen der japanischen
 Armee zu unternehmen. In der Nacht auf den
 20. Juni kehrte die Abteilung nach Wladi-
 wostok zurück. Wie der Chef der Abteilung über
 seine Kreuzfahrt berichtet, näherte sich die Abteilung
 am Morgen des 15. Juni von Norden kommend der
 Schimonoseki-Strasse, sichtete, als sie sich 20 Meilen von
 derselben befand, am Horizont zwei Dampfer und begann
 sie zu verfolgen. Der großen Entfernung wegen gelang es nicht,
 die Dampfer einzuholen. Gleichzeitig wurde ein drittes Schiff
 gesichtet, und der Kreuzer „Gromoboi“ erhielt den Auftrag,
 sich desselben zu bemächtigen. Trotz aller Aufforderungen machte
 dieses Schiff, das, wie sich später herausstellte, das Transportschiff
 „Jzumi Maru“ war, nicht Halt, bis es von mehreren
 Geschossen getroffen worden war. Hierauf stoppte es, und
 die Mannschaft begann über Bord zu springen. Der „Gromoboi“
 forderte durch ein Signal die Mannschaft auf, den
 Dampfer zu verlassen, was diese in zwei Booten auch that. Die
 im Wasser schwimmenden Leute wurden von einem Kutter
 des Kreuzers aufgenommen und an Bord des „Gromoboi“ ge-
 bracht. Das Transportschiff „Jzumi Maru“ von mehr als
 3000 Tonnen, welches zum Transport von Truppen und Frachten
 auf dem Kriegsschauplatz diente, wurde durch Schiffe in den Grund
 gehöhrt. Unter den 105 Mann, die der Kreuzer an Bord nahm,
 befanden sich 14 Offiziere. Nachdem der „Gromoboi“ die
 „Jzumi Maru“ in den Grund gehöhrt hatte, wurden von
 ihm noch zwei Dampfer gesichtet, deren Verfolgung er be-
 gann. Er erreichte sie und es ergab sich, daß es die Transportschiffe
 „Sado Maru“ und „Hitachi Maru“ waren, jedes von etwa 6000
 Registertonnen. Außer Kriegsmaterial hatte
 das erstere Schiff Telegraphenarbeiter und 12 Offiziere sowie
 Pferde und Bontons, das andre mehr als tausend
 Mann und Kriegsmaterial an Bord. Der Kreuzer
 „Kossija“ erhielt den Befehl, sich der „Sado Maru“ zu
 bemächtigen, und dem „Gromoboi“ wurde befohlen, sich der
 „Hitachi Maru“ zu bemächtigen, die ihm aber zu entriemen
 versuchte. Da mehrere auf das Transportschiff abgegebene
 Warnungsschüsse, die es zum Halten veranlassen sollten, wirkungslos
 waren, wurde das Feuer auf das Schiff eröffnet. Hierauf stoppte
 es. Das Signal, das Schiff zu verlassen, wurde von dem Dampfer
 nicht beachtet, der erst nach mehreren Schreckschüssen Boote
 auszufahren begann. Der Dampfer sank sehr langsam.
 Der „Gromoboi“ erhielt den Befehl, das Sinken
 des Schiffes zu beschleunigen, was der Kreuzer
 auch rasch ausführte. Das vom Kreuzer „Kossija“
 verfolgte Transportschiff „Sado Maru“ machte, nach-
 dem einige Schüsse auf dasselbe abgefeuert worden
 waren, Halt und begann auf ein Signal Schaluppen und
 Boote auszufahren, deren es besonders viele an Bord hatte. Die
 Schaluppen wurden hastig ausgehört und mehrere kenterten. Die
 übrigen nahmen eine bedeutende Zahl von Leuten auf und fuhren
 nach den in der Nähe befindlichen Inseln Fuschima und Jischima.
 Es herrschte Windstille, die See war vollkommen ruhig. Dem
 Kreuzer „Juril“ wurde befohlen, die Mannschaft sowie die Be-
 satzung an Bord zu nehmen. Von der ganzen Mannschaft konnten
 aber nur vier Ausländer, die auf dem Dampfer dienten, und
 25 Offiziere aufgenommen werden, da die übrigen das
 Schiff nicht verließen. Hierauf erhielt der „Juril“ den
 Befehl, das Schiff durch Torpedos in den Grund zu bohren.

Der Bericht Strojlow's ist, wie man sieht, sehr lächerlich
 und unklar. Wieviel japanische Mannschaften sich auf den drei in
 den Grund gehöhrt japanischen Transportschiffen befanden, wird
 nicht berichtet. Immerhin scheint aus der russischen Darstellung
 soviel hervorzugehen, daß die Nachrichten über den Menschen-
 verlust der Japaner, der mehrere Tausende betragen sollte, über-
 trieben waren.

Ganz unklar läßt die Darstellung Strojlow's die vom völker-
 rechtlichen Standpunkt aus wichtigste Frage, ob die russischen Kreuzer
 das Nötige gethan haben, um das Leben der Besatzungen der ver-

senkten Transportdampfer zu retten. An Bord der Kreuzer wurden
 im ganzen nur 134 Mann genommen, eine Anzahl japanischer
 Truppen rettete sich nach benachbarten Inseln, die übrigen
 ertranken. Es ist nun die Frage, ob die Russen den Be-
 satzungen der japanischen Schiffe die nötige Gelegenheit gegeben haben,
 sich entweder zu ergeben oder in die Boote zu retten. Nach der
 russischen Darstellung erscheint das sehr zweifelhaft. Von dem
 „Jzumi Maru“ wurden 105 Mann aus dem Wasser ausgehört,
 ferner retteten sich Mannschaften in zwei Booten. War das die
 ganze Mannschaft? Standen dem in den Grund gehöhrt
 Schiffe überhaupt genügend Rettungsboote zur Verfügung? Auf
 „Hitachi Maru“ befanden sich über 1000 japanische Soldaten.
 Von ihnen ertranken zweifellos eine große Anzahl, die in den Booten
 keinen Platz finden konnten. Ueber Rettungsversuche der Er-
 trinkenden meldet Strojlow nichts, wohl aber erzählt er, daß man
 das zu langam sinkende Schiff auf Befehl schonigst zum
 Sinken gebracht habe. Vom „Sado Maru“ vermochte sich ein Teil
 der Mannschaft in den Booten auf die benachbarten Inseln zu retten.
 Ein Teil der Besatzung jedoch ertrank, da er angeblich das Schiff
 nicht verlassen „wollte“. Dabei besagt die Meldung gleichzeitig, daß
 die Schaluppen des Schiffes so „hastig“ ausgehört wurden, daß
 mehrere derselben kenterten, deren Insassen zweifellos ertranken.
 Auch dies Schiff wurde dann schleunigst in den Grund gehöhrt,
 ohne daß man die schwimmenden Mannschaften aufzufischen ver-
 sucht hätte.

Das Vorgehen der Russen bedeutet also nach ihrer eignen Dar-
 stellung eine Barbarei. Es stellt aber gleichzeitig auch einen Verstoß
 gegen das Völkerrecht dar. Denn wohl dürfen Kriegsschiff-
 zeuge ohne Rücksicht auf die Mannschaften in die Luft gesprengt
 werden, bei der Zerstörung von widerstandsunfähigen
 Transportschiffen aber ist die Rettung der Mannschaften
 Ehrenpflicht des Gegners. Ist doch nach den Grundregeln der
 modernen Kriegsführung die Vernichtung eines wehrlosen Gegners
 als unzulässige Grausamkeit anzusehen. Das Verfahren der russischen
 Kreuzer steht auf der gleichen Stufe mit der Tötung von Kriegs-
 gefangenen.

Tokio, 22. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Die
 Japaner haben eine Dschunke aufgebracht, welche Port Arthur
 verlassen hatte. Die Mannschaft derselben berichtet, daß vor einigen
 Tagen zwei russische Torpedobootszerstörer und
 der Dampfer „Schintaping“ am Eingang des Hafens auf
 Minen gestoßen und untergegangen seien; 140 Per-
 sonen seien ums Leben gekommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

Preussische Verfassungsdrücke.

Die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Abgeordneten-
 hauses hat sich plötzlich entschlossen, dem Minister v. Hammerstein
 Urlaub für die Kieler Negatta zu gewähren und demnach noch am
 nächsten Montag die Ansteldungsvorlage zu beraten. Wir vermuten,
 daß die Herren selbst nach Kiel wollen und deshalb die Pause bis
 Montag eintreten liehen.

Herr v. Kröcher hat diese Pause zwar mit Berufung auf die
 Geschäftsordnung zu begründen versucht, deren § 17 bestimmt, daß
 die zweite Beratung frühestens am dritten Tage erfolgen könne,
 nachdem die Kommissionsanträge gedruckt in die Hände der Mit-
 glieder gekommen sind. Aber Herr v. Kröcher vergah hinzuzufügen,
 daß nach § 20 derselben Geschäftsordnung diese Frist durch blohe
 Stimmenmehrheit abgeklärt werden kann. Also die Pause wäre
 nicht notwendig gewesen.

Dagegen hat Herr v. Kröcher, der Stites der Geschäftsordnung,
 die Mehrheit und die Regierung gar keine Straußel, eine andre Ge-
 schäftsordnungs-Bestimmung zu verlegen, die noch dazu auf dem
 Wege der Geschäftsordnung nicht geändert werden kann, weil sie
 lediglich die Ausführung eines Verfassungsartikels ist.

Die Ansteldungsvorlage ist nicht nur wieder ein gefehlter Ein-
 bruch in Reichsrechte, sondern er schließt auch eine doppelte
 Uenderung der preussischen Verfassung in sich. Sie verstößt einmal gegen Artikel 4 der Verfassung, der besagt:
 „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich.“ Diese wichtigste Ver-
 fassungsbestimmung, die Grundlage des modernen Staates, hat
 natürlich nicht die blödsinnige Bedeutung, die man ihr neuerdings zu
 geben versucht hat: die einem Gesetze unterworfenen
 seien gleichermaßen nach diesem Gesetze zu behandeln. Das
 wäre die Selbstaushebung des Artikels 4; denn auf diese Weise
 könnte man ja Sondergesetze für jeden Stand, Klasse, Konfession,
 Nationalität, Partei machen. Man könnte etwa verfügen: „Social-
 demokraten dürfen nirgends zugieher.“ „Katholiken und Juden
 werden nach der Forstgesetzgebung doppelt so hoch bestraft, wie
 Evangelische.“ Oder: „Polen erhalten keine Schankkonzession.“

Man würde auch darin keine Verletzung des Artikels 4 erkennen
 wollen; denn alle Socialdemokraten, alle Katholiken und Juden,
 alle Polen würden ja nach dem Gesetze, dem sie unterworfen
 seien, gleich behandelt.

Artikel 4 bedeutet natürlich: daß Stand, Konfession, Nationalität,
 Parteizugehörigkeit keinerlei Unterschied in der Anwendung der all-
 gemeinen Gesetze veranlassen darf. Und wenn die preussische An-
 steldungsvorlage jetzt den Polen die Ansteldung verbietet, so ist
 das ein ebenso schwerer Verfassungsbruch, als wenn gesetzlich ver-
 boten würde, daß Katholiken, Juden oder Bürgerliche sich ansiedeln
 dürfen.

Außerdem wird aber noch ein anderer Artikel der preussischen
 Verfassung verletzt, der Artikel 9, der lautet:

Das Eigentum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzuhaltende Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

Die An siedelungs vorlage beschränkt das Eigentum in einer Weise, die an Entziehung grenzt. Die polnischen Pargellierungsbanken haben über das von ihnen erworbene Eigentum keinerlei freie Verfügung mehr, d. h. ihr Eigentum ist beschränkt worden. Die Verfassung bestimmt, daß für solche Beschränkungen Entschädigungen bezahlt werden müssen. Die An siedelungs vorlage aber sieht diese Entschädigungen nicht vor. Also schließt das neue Polengesetz auch eine Verletzung des Artikels 9 der preussischen Verfassung ein.

Gesetzentwürfe nun, die eine Verfassungsänderung einschließen, müssen, nach der Verfassung, besonders behandelt werden. Es müssen nach Art. 107 zwei Abstimmungen erfolgen, und zwischen diesen Abstimmungen muß ein Zeitraum von mindestens 21 Tagen liegen. Danach ist es — abgesehen von allen anderen Verfassungsdrängen — unzulässig, daß die dritte Lesung der zweiten früher folgen kann als nach 21 Tagen.

Herr v. Kröcher hat sich am Mittwoch als überpeinlicher Wächter der Geschäftsordnung aufgespielt, bei einem Punkte, wo die Bestimmung geschäftsordnungsmäßig außer Kurs gesetzt werden konnte. Die Regeln über die Behandlung von Verfassungsänderungen sind zwingendes Recht. Wird sich der starke Mann darüber hinwegsetzen? —

Preussischer Landtag.

Am Mittwoch tagten beide Häuser des Landtages.

Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses war am interessantesten die Geschäftsordnungs-Debatte, die sich am Schluß der Sitzung an den Vorschlag des Präsidenten knüpfte, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung — am Montag — die zweite Beratung des An siedelungs gesetzes zu setzen. Das Centrum, unterstützt von den Polen und Freisinnigen, will nichts davon wissen, daß dieses Ausnahmegesetz gegen die Polen noch vor der Vertagung des Landtages verabschiedet wird, die Regierung dagegen und die konserverbationalliberale Mehrheit legt das größte Gewicht auf die möglichst schnelle Durchpeitschung der Vorlage. Nach einer stürmischen Debatte, in der den Ministern einige derbe Bosheiten dafür gesagt wurden, daß sie, statt sich an den parlamentarischen Verhandlungen zu beteiligen, allerhand Festlichkeiten beizubringen und daß infolge dessen die Dispositionen des Landtages wiederholt über den Haufen geworfen werden mußten, schloß sich die Mehrheit des Hauses dem Vorschlag seines Präsidenten an, das An siedelungs gesetz wird also, vorausgesetzt, daß das Haus beschlußfähig ist, noch vor der Vertagung im Automobiltempo durchberaten werden.

Vorher unterhielt sich das Haus aus Anlaß einer konserverbativen Interpellation über den m a s u r i s c h e n K a n a l; das Resultat der Debatte war ein negatives, kein Mensch, weder Regierung, noch Volksvertretung weiß, wann der Bau des Kanals in Angriff genommen wird. Im übrigen erledigte das Haus nur noch Petitionen, von denen die meisten ohne Allgemeininteresse sind.

Im Herrenhaus ist von den Gegenständen der Tagesordnung nur die Petition des Vorstandes des ostpreussischen Städtetages um Einsetzung einer unabhängigen, mit der Verwaltung der Staatseisenbahnen nicht besetzten Behörde zur Wahrung der öffentlichen Interessen gegenüber der Staatseisenbahn-Verwaltung zu erwählen. Trotz des Widerspruchs der Minister v. B u d d e und F r e h n, v. H a m m e r s t e i n, die darin eine Beeinträchtigung der Hoheitsrechte des Staates erblickten und verfassungsrechtliche Bedenken geltend machten, wurde die Petition, dem Kommissionsantrag entsprechend, der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Am Donnerstag steht die Sekundärbahn-Vorlage und die beiden Meliorationsvorlagen auf der Tagesordnung. —

Weitere 1600 Mann Verstärkungen

für Südwestafrika soll nach Blättermeldungen Generalleutnant v. T r o t h a gefordert haben. 800 Mann sind erst vor einigen Tagen abgegangen! Die Verstärkungsmannschaften sollen aus berittener (!) Infanterie, Artillerie und einer Signalfeld Abteilung bestehen. Es werden also allein für die Pferde dieses neuesten Truppen nachschuß ein paar Millionen verausgabt werden müssen! Man sieht, wie recht wir hatten, als wir seiner Zeit eine Neu-Ausgabe des China-Abenteuers ankündigten.

Eine neueste Verlustliste ist der gestern von uns erwähnten bereits auf dem Fuße gefolgt. Nach der gestrigen Verlustliste waren vom 26. Mai bis zum 10. Juni elf Mann Krankheiten erlegen. Nun wird aus O t t o s o n d u gemeldet, daß vom 10. bis 18. Juni weitere drei Mann Krankheiten erlegen sind!

Die Denkschrift der An siedelungs - Abordnung, die aus Südwestafrika in Deutschland eingetroffen ist, bestreitet lebhaft, daß in erster Linie die Praktiken der Händler den Herero-Aufstand hervorgerufen hätten. Die Hauptschuld treffe vielmehr die Regierung, die unter Umgehung des rechtmäßigen Häuptlings - Nachfolgers R i d o d e m u s den „Säuer“ und „Verächten“ S a m u e l N a h a r e r o zum Häuptling gemacht und durch die Schaffung von Eingeborenen-Reservaten (d. h. die Einhebung der Eingeborenen in allzuenge und unfruchtbar Districte. Neb.) den Hereros Besorgnis um den ihnen noch verbliebenen Landbesitz eingeflößt habe. Zur Erbitterung der Eingeborenen habe auch jene vielerwähnte Verordnung der Regierung beigetragen, daß alle Forderungen an die Hereros mit dem 1. April 1904 verfahren sollten, deren Folge das scharfe, teilweise gewaltsame Eintreiben der Schulden durch die Händler gewesen sei. Hierüber heißt es in der Denkschrift:

Es ist Thatsache, daß einzelne wenige, ihrer Zahl nach gar nicht in Betracht kommende Händler sich eines unlauteren und betrügerischen Vorgehens schuldig gemacht haben, und ihre That soll in keiner Weise entschuldigt oder entschuldigend werden. Es ist aber ebenso Thatsache, daß die Behörden wiederholt und aus den Kreisen der An siedelungs selbst und lange vor Ausbruch des Aufstandes auf dieses gefährliche Treiben aufmerksam gemacht worden sind, ohne daß auch nur in einem einzigen Falle die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden. Anträge verschiedener Districtschefs auf Verhaftung solcher Händler hat das Gouvernement stets ablehnend beschieden.

Zu dieser ebenso neuen, wie interessanten Anschuldigung gegen die Regierung paßt freilich, wie selbst der „Täglichen Rundschau“ auffällt, sehr schlecht die sonst so lebhaft Klage der An siedelungs, daß das Gouvernement stets für die Eingeborenen gegen die Weißen Partei ergriffen habe!

Trotzdem verdient diese Anklage der Denkschrift strengste Untersuchung. Wahrscheinlich ergibt sich, daß beide Parteien mit ihren Anklagen recht haben: die Regierung gegenüber den Händlern und die An siedelungs gegenüber dem Gouvernement! Eben deshalb wird man freilich auch über die Sünden beider Teile den bergenden Schleier zu ziehen wüßten!

Deutsches Reich.

Die Sport-Internationale.

Auf einem Schiffsdiner bei Cuxhaven brachte der Bürgermeister M ö n d e b e r g einen Trinkspruch aus, in dem er überschwänglich meinte:

„Wenn wir uns heute vergegenwärtigen und vor dem geistigen Auge vorüberziehen lassen alle sportlichen Veranstaltungen in letzter Zeit: Wettrennen, Wetttrudern, Wettturnen, Wettreiben und die letzte bedeutsame, für den Sport wie die Industrie bedeutungsvolle Form des Sports, die Automobilwettsfahrt, so können wir ruhig aussprechen, daß diese friedlichen Wettkämpfe in dem modernen Deutschland eine ähnliche Rolle zu spielen anfangen, wie die öffentlichen Spiele im Altertum.“

Herr M ö n d e b e r g verleumdet das Altertum, von dem er offenbar nur eine sehr unklare Vorstellung hat. Die Nationalspiele Griechenlands, diese Feste der körperlichen Tüchtigkeit, bei denen wenigstens das ganze Volk der freien Bürger teilnahm, haben nichts gemeinsam mit den kapitalistischen Spelakelstücken unserer Zeit, bei denen nicht körperliche Tüchtigkeit, sondern der Zufall specialistischer Dressur zum Siege führt, die ein mit Unsummen — nicht etwa nur mit einem wertlosen Nebenprodukt des Ruhms wie in Griechenland — bezahltes Geschäft für die Ausübenden und eine Verberührung für eine kleine Minderheit der Besitzenden sind, die das Publikum bildet, zu denen sich im Hintergrunde noch als Statisten ein Haufen von besitzlosen Gaffern drängt. Selbst in gehobenen Trinksprüchen sollte der Bürgermeister einer großen Gemeinde nicht die olympischen Spiele mit dem Benzinsport von Homburg vergleichen. Oder vermag Herr M ö n d e b e r g zu verraten, was das deutsche Volk von 80 Millionen an körperlicher Fähigkeit dadurch gewinnt, daß ein berufsmäßiger Chauffeur belgischer oder französischer Nation auf Vermögen kostender Rennwagen mit Blügeschwindigkeit raselt, tütet und stänkert? . . .

Auf M ö n d e b e r g s Trinkspruch erwiderte Wilhelm II. Die Rede ist im gefrigen Depeschenteil mitgeteilt worden. Er unterzeichnete das „herrliche Bild“, das der Bürgermeister „von unsren sportlichen und unsren sonstigen Fortschritten im Lande entworfen habe“. Er meinte in den Wettrennen Anzeichen zu sehen,

„daß allmählich die Solidarität unter den Völkern der Kulturländer untreitig Fortschritte macht auf verschiedenen Gebieten. Und diese Gebiete erweitern sich. Diese Solidarität geht unmerklich, aber unübersehbar in das Programm sowohl der Staatslenker über wie in die Gedanken der sich selbst regierenden freien Bürger. Diese Solidarität wird genährt und gepflegt auf verschiedene Weise, sei es in erster politischer Beratung, sei es auf Kongressen, sei es im Wettkampf und Spiel. Und in dieser Beziehung kann man wohl sagen: Es liegt ein tiefer Sinn im kindischen Spiel.“

Die Verungung auf den Einfluß, den demokratische Republiken — sich selbst regierende freie Bürger — auf die von der Socialdemokratie proklamierte und als Vaterlandslosigkeit verfolgte Solidarität der Völker läßt, kann man bis zu einem gewissen Grade anerkennen, wenn diese Solidarität auch ein leerer Wahn bleiben muß, so lange es Klassenherrschaft giebt. Immerhin sind Demokratien mehr fähig, die Solidarität der Völker anzubahnen, als Junkerstaaten wie Preußen, deren Daseinsprinzip die Völkerverhetzung und Völkerabspernung ist. Der Kaiser, von dem man derlei Anschauungen sonst nicht vernimmt, hat wohl der Republik Hamburg mit jenen Sätzen eine Anerkennung widmen wollen.

Nach in einer andern Hinsicht ist die Antwort Wilhelm II. auffällig. Es ist zwar ein Irrtum des Kaisers, daß durch derlei internationale Wettspiele, wie die Hamburger Regatta, die Solidarität der Völker „gepflegt, gefestigt, fester geschmiedet und fester geknüpft wird“. Diese Internationale des Sports und des Spiels hat es seit jeher gegeben. Die Pferderennen sind immer ebenso international gewesen wie das Baden in Ostende und die Roulette in Monaco. Diese Annäherungen der internationalen Lebenswelt haben aber keinen Krieg verhindert, keine Militärvorlage unnötig gemacht. Diese Internationale ist keine neue Erscheinung in der Entwicklung der Menschheit, sondern etwas Altes und zugleich etwas gänzlich Bedeutungsloses. Es genügt nicht, daß ein Spiel kindisch sei, damit ein tiefer Sinn in ihm liege.

Aber der Kaiser mißt dem internationalen Publikum der Kieler Regatta wohl nur deshalb so hohe Bedeutung für die Menschheit bei, weil er gegenwärtig vom freudigsten Optimismus besetzt ist. Während der Kaiser jüngst in K a r l s r u h e dunkle Wolken heraufziehen sah, bekannte er jetzt:

„Ich, meine Herren, sehe mit absoluter Ruhe und Vertrauen in die Zukunft, sehend auf das Bild, das uns soeben entworfen wurde.“

Es ist anzunehmen, daß der Kaiser gute Vorkchaft aus Südwestafrika erhalten hat, die seine Stimmung aufhellte. —

Die socialdemokratische Stadtratsmehrheit.

Unser gestrige kurze Würdigung der Gemeinderatswahl in M ü l h a u s e n i. E. l. wird durch die folgende Korrespondenz ergänzt:

Mülhausen i. E. l., 20. Juni. Eine Wahlschlacht von mehr als lokalem Interesse war's, welche gestern mit dem zweiten Wahlgang der Gemeinderats-Ergänzungswahl ihren Abschluß fand. Wir sagen zweiten Wahlgang, weil eine Stichwahl nach Art der Reichstags-Stichwahlen bei den Gemeinderats-, Kreis- und Bezirksstags-Wahlen in Elsaß-Lothringen nicht stattfindet: die Gemeinde-Ordnung von 1896 läßt in Anlehnung an die ältere französische Gesetzgebung zu, daß zum zweiten Wahlgang, bei welchem das relative Mehr entscheidet, vollständig neue Kandidaten aufgestellt und gewählt werden können. Der erste Wahlgang, der am Sonntag, den 12. Juni stattfand, hatte zu einem positiven Ergebnis nicht geführt, da sich vier Parteien mit selbständigen Listen am Wahlschlachtfeld beteiligt hatten und keine dieser Listen das absolute Mehr auch nur für einen einzigen ihrer Kandidaten erreichte. Auf die vier Listen wurden nämlich am 12. Juni Stimmen abgegeben: Socialdemokraten 3096—3090; Wahlverein der Katholiken (centrumsfreundliche Richtung) 3045 bis 3186; Allgemeiner Wahlverein (ordnungsparteiliche Richtung), einschließlich des dem Centrum noch zögernd gegenüberstehenden Anhangs des Pfarrers und Landesauschusses-Abgeordneten (Winterer) 2182—2362; und Demokratische Partei (einschließlich einer Gruppe „unabhängiger Liberaler“) 1915—2159.

Zur gestrigen, entscheidenden Wahl marschierten sämtliche Parteien wiederum gesondert auf, nachdem sowohl bei den Links- wie bei den Rechtsparteien die Kompromißverhandlungen gescheitert waren. Diese für unsere Partei günstige Konstellation ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß der socialdemokratische Arbeiter-Wahlverein auf Grund von Erwägungen verschiedener Art in den Wahlschlachtfeld um die 9 freigeordneten Gemeinderatsitze nur mit einer Liste von 5 Kandidaten eingetreten war. Die erste dieser Erwägungen ist die, daß durch die Verstärkung der socialdemokratischen Gemeinderatsfraktion von noch 15 Mitgliedern um weitere fünf die socialdemokratische Gemeinderatsmehrheit hinlänglich gesichert erscheint (20 Socialdemokraten auf insgesamt 38 Ratsmitglieder). Die Socialdemokratie zeigte damit, daß sie bei aller Festigkeit in Wahrung ihrer Position auf dem Gemeindehaushalt ihre politischen Gegner nicht von der praktischen Mitarbeit ausschließen und mundtot machen will, wie dies seit ihrem Auftreten hier von den löblichen Ordnungsparteien ihr gegenüber stets versucht und bis 1896 auch erreicht worden war; sie erreichte damit in der Praxis aber auch die unheilbare Spaltung der zwei Rechtsparteien, von welchen die Liberalen mit den von ihr am 12. Juni erzielten

3100 Stimmen bei dem beträchtlichen Vorsprung vor den Listen des Allgemeinen Wahlvereins und der Demokraten sich die von der Socialdemokratie nicht beanspruchten vier Sitze für alle Fälle gesichert sah und sich unbeschadet dessen noch Hoffnung machen konnte, durch Ueberläufer aus der Mitte des Allgemeinen Wahlvereins die socialdemokratische Liste vollständig zu schlagen.

Diese Spekulation der jungsterilalen Draufgänger auf Zuwachs namentlich seitens der Mannen Winterers hat sich nun zwar als vollständig richtig erwiesen, allein trotz der Erhöhung der liberalen Stimmenzahl um fast 700 blieb gestern die Liste des Wahlvereins der Katholiken um fast genau eben so viel Stimmen hinter der socialdemokratischen Liste zurück, deren fünf Kandidaten infolgedessen mit glänzender Mehrheit gewählt wurden. Es erhielten beim ersten Wahlgang die Kandidaten folgende Stimmen: Socialdemokraten 4405—4450; Wahlverein der Katholiken 3096—3824; Allgemeiner Wahlverein 1441—2337 und Demokraten 844—1826. Unsere Partei hatte durch Heranziehung eigener Bewerber und einigen Zuwachs aus dem Lager der bürgerlichen Demokratie, deren eigene Liste aussichtslos geworden war, ihren Prozentfuß aller abgegebenen gültigen Stimmen von knapp 35 Proz. beim ersten Wahlgang auf 37 1/2 Proz. beim zweiten erhöht.

Das Wahlergebnis dieses Wahlschlachtfeldes, in dem sämtliche bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten Blumenthalcher Richtung mit dem Feldgeschrei, es gelte jetzt die „socialdemokratische Zufallsmajorität“ auf dem Mülhauser Rathaus zu brechen, eingetreten waren, ist hiernach, daß der Gemeinderat der bald 100 000 Einwohner zählenden oberelsässischen Industriestadt sich aus 20 Socialdemokraten, 12 bürgerlichen Demokraten und 4 Centrumskatholiken zusammensetzt, — die letzteren eine ganz radikale Species, die sich in Flugblättern und Versammlungen während des Wahlschlachtfeldes mit den von der Socialdemokratie auf wirtschaftlichem Gebiete in der Gemeinde angestrebten und in praktischer Tätigkeit während der letzten zwei Jahre zum großen Teil bereits durchgeführten Reformen (Mentgeteiltheit der Lehrmittel für Volksschüler, allmähliche Aufhebung des Detours, Einrichtung von Notstandsarbeiten, allgemeine Dienst- und Lohnordnung für die städtischen Arbeiter, Festsetzung von Minimallöhnen und Maximalarbeitszeiten auch für die in Privatregie bei Arbeiten für die Stadt beschäftigten Arbeiter usw.) durchaus einverstanden erklärte und nur das religiöse Gebiet (Schule und Kultusaussgaben der Gemeinde) zum Kampfobjekt gegen die Socialdemokratie machte. Die praktische Tätigkeit der vier Gewählten dieser katholisch-socialen Richtung auf dem Gemeindehaushalt muß nun zeigen, ob hinter ihrer social-radikalen Pose im Wahlschlachtfeld, die ihnen im „Egryph“, dem Organe der hiesigen Großindustrie, die Bezeichnung „Schwarze Socialdemokraten“ eintrug, mehr steht, als das Bedürfnis des Stimmensanges. Und hier sind wir beim zweiten hauptsächlichen Grund, weshalb sich die lokale Organisation unserer Partei bei dieser Gemeinderats-Ergänzungswahl die Beschränkung auf fünf von neun freien Sitzen auferlegte. Die Auffklärung der zahlreichen katholischen Arbeiter, welche sich von den social-radikalen Redensarten der in Mülhausen-Elsthal geschulten jungsterilalen Führer in den christlichen Gewerkschafts-Versammlungen beeinflussen lassen, kann nicht mittels theoretischer Auseinandersetzung in öffentlichen Versammlungen erreicht werden, wie solche in den letzten Jahren zwischen den Anhängern der freien und der christlichen Gewerkschaften hier vielfach stattfanden, sie kann gründlicher nur erfolgen, durch die harten, unbegleiteten Thatsachen. Solche wird die praktische Stellungnahme unserer „Schwarzen Socialdemokraten“ in Fragen der Arbeiterpolitik auf dem Gemeindehaushalt in die Erscheinung bringen. Das Weitere wird sich dann finden.

Durch den Wahlschlachtfeldfall ist der socialdemokratischen Partei unter anderem auch die Wiedererlangung des Abgeordneten-Mandats zum Landesauschuss für Elsaß-Lothringen bei der in zwei Jahren stattfindenden Neuwahl gesichert. —

Reichsländische Wirrungen. Kürzlich wurde gemeldet, daß der Pariser „Matin“ in den Reichsländern verboten wurde. Wie man jetzt erfährt, geschah das, weil das Blatt Standalgeschichten über den deutschen Kaiser verbreitet hatte, und außerdem allerlei Klatsch über Damen und Herren der reichsländischen Gesellschaft.

Merkwürdig ist aber die Wirkung, die jene Klatschartikel gehabt haben. Eine Korrespondenz berichtet darüber:

Leider wurde erst nach Erscheinen des vierten Artikels das Blatt verboten, obwohl alle einschlägigen Leute nach Kenntnisnahme des Inhalts der drei vorhergehenden den vierten eigentlich als selbstverständlich erwartet hatten. Trotz der Beschlagnahme soll die Nummer heimlich mit 10 M. verkauft und der Preis von 50 Pf. für ein schnelles Durchlesen des Artikels verlangt worden sein. Bemerkenswert ist nun bei der ganzen Sache, daß der Inspizitor des Herrn Mouton nicht etwa in den Kreisen der Protestler gesucht wird. Die sehr geheim geführte Untersuchung über den Zufall ist bisher resultatlos geblieben, dagegen sind die Meyer Zeitungen sich über den Fall einander in die Haare geraten, und die gegenseitigen Beschuldigungen haben dazu geführt, daß der Redakteur des „Matin“, „Gazette de Lorraine“, Paul Bourson, sofort entlassen wurde, während man den Chefredakteur des „Matin“, Vignon, und die Aktionäre des Blattes, Justizrat Dr. Müller und die Inhaber des Bankhauses Meyer u. Co. (Ostwald und Hannau) einem sehr eingehenden Verhör unterwarf. Der Polizeipräsident Vaumbach von Reimsberg ließ auch die Redactrice des „Matin“, Fräulein Marie Schmidt, eine Französin, kommen und sagte ihr auf den Kopf zu, daß der entlassene Redakteur Bourson mit zu den Inspiratoren des „Matin“-Redakteurs gehören müsse. Eine von der „Kölnischen Volkszeitung“ ausgehende Notiz wies auf den Verfasser eines in dem bekannten Militärroman-Verlage von Sattler in Braunshweig erschienenen Romans „Grenz-Panorama“, einen Meyer Schriftsteller, hin. Doch auch diese Spur hat sich als irrig erwiesen. Noch mehr aber als in Mey ist die Polizei in Straßburg in Aufregung geraten, wo zahlreiche Vernehmungen in den Bureau des Journal „D'Alsace“ stattgefunden haben.

Die sieben Schwaben.

Man schreibt uns aus Stuttgart vom 21. d. M.: Das freisinnige Bürgerthum hat gesprochen. Deutsche Partei (Nationalliberale), Volkspartei, Jungliberale, junge Volkspartei und Nationalsoziale haben gestern abend in der Viederhalle, dem größten Saale Stuttgart, eine öffentliche Versammlung unter der Devise: Gegen die Erste Kammer! abgehalten. Der kolossale Besuch der Versammlung — etwa 5000 Personen füllten den Saal bis auf den letzten Platz — war weniger ein Ausdruck des Vertrauens in die Einberufer der Versammlung, als das Ergebnis der ungeheuren Erregung des Volkes gegen die Erste Kammer, der die socialdemokratische Landesparteilung nicht genügend rasch ein Ventil geschaffen hat; die socialdemokratischen Protestversammlungen in Stuttgart sind erst auf den 30. Juni einberufen. So kam es, daß auch viele Arbeiter zur Füllung des Saales beitrugen. Von allen Rednern wurde mit dem großen Schwabenspiegel gar mächtig gegen das Centrum gedroht; manche bittere und ungeschminkte Wahrheit gegen seine Kulturfeindlichkeit wurde von den Rednern ausgesprochen. Aber die Institution der Ersten Kammer, so kräftige Worte auch über die katholische Fremdenherrschaft fielen, fand die Schwabenhelden vorzichtiger. Der nationalliberale Redner, Abg. H i e b e r, stimmte ein Lied der Sehnsucht an nach einem Oberhaus, das „eine Körperschaft von Männern darstellen soll, die über den Parteien und Interessengegenständen des Tages stehen und eine abgeklärte, uninteressierte Staatsweisheit vertreten“. Ein solches Oberhaus haben nach Herrn Hiebers Meinung so gut wie alle konstitutionellen Verfassungen neben die aus den Wahlen des Volkes hervorgehende Vertretung gestellt. Ob Herr Hieber auch eine Ergänzung der Reichsverfassung durch ein solches ideales Oberhaus für notwendig hält, sprach er nicht aus. Aber man darf es wohl annehmen.

Die unwürdigste Rolle spielte wieder der Führer der süddeutschen Demokratie, der Abgeordnete H a u p m a n n. Hinter einer Kanonade drohender Worte gegen die katholischen Prinzen, gegen den Thronfolger und gegen die Erste Kammer führte er ganz sachlich und sein eine Wendung gegen die Socialdemokratie aus,

der er vortraf, Politik in die eigne Tasche zu machen, weil sie nicht den Reform-Klimbim mitmacht, sondern Abschaffung der Ersten Kammer verlangt. Die vorher vereinbarte Resolution, welche zum Schluß ohne Widerspruch angenommen wurde, wendet sich auch nur gegen die Vorherrschaft der Adelsvorrechte in der Ersten Kammer. Der Einzug estlicher Kommerzgerichte in das hohe Haus würde also offenbar sowohl Herrn Hausmann wie Herrn Giebler mit der Privilegienkammer auslöschen!

Die völksparteilichen Wähler sind vorerst noch ein bißchen unbotmäßig. In zahlreichen Versammlungen, die bereits im Lande stattgefunden haben, wurde von völksparteilichen Rednern aufs schärfste betont, daß nur die Abschaffung der Ersten Kammer, wie die Socialdemokratie sie fordert, dem Volkswillen entspreche. Aber dem demagogischen Gesäße der völksparteilichen Führer — vor allem Hausmanns — wird es ohne Zweifel gelingen, innerhalb ihrer Partei die Miße wieder herzustellen und so das Werk jesuitischen Verrates an den Völkern zu vollenden, das die staatsmännliche Weisheit von Hausmanns Landtagsrede bereits in die Wege geleitet hat.

Reinige ein Ministerium.

Aus München wird uns geschrieben: Die gewichtigste Persönlichkeit im bayerischen Ministerkollegium, der Finanzminister v. Niedel, hat am Montagmorgen sein Entlassungsgesuch eingereicht. Aber schon am Dienstag ist es den Bemühungen der Kollegen des 72-jährigen Herrn gelungen, ihn zum Verzicht auf die Demission zu bewegen. Er wird zweifellos ein äußerst schmeichelhaftes Hand schreiben des Regenten erhalten und dann die Geschäfte weiterführen. Den Anlaß zu dem Rücktrittsgesuch gab ein Beschluß der Reichstagskammer, die am vorigen Sonnabend einen die Einführung von Grundwertabgabe betreffenden Gesetzesentwurf mit Stimmgleichheit abgelehnt hatte. Dieser Beschluß hat unsern Finanzbaron in die stärkste Verlegenheit versetzt; nicht etwa weil es sich um ein Gesetz handelt, von dem von bürgerlicher Seite große socialpolitische Wirkungen erwartet werden, sondern weil er auf den Ertrag der neuen Steuer gerechnet hatte, den er zur Ausgleichung seines Budgets braucht. Es soll in dieser Session endlich die schon wiederholt verschobene Beamtenaufbesserung zu Stande kommen; die dazu nötigen Millionen sieht Herr von Niedel bei den verschiedensten Etats herauszufinden, um eine Erhöhung der direkten Steuern zu umgehen. Auch die Grundwertsteuer sollte mit zu diesem Zweck herangezogen werden. Da der Gesetzesentwurf nun zu Fall gebracht wurde, so ist auch die Beamtenaufbesserung stark gefährdet, denn die bürgerlichen Parteien der unteren Kammer sind für die Verschleppung des allein korrekten Weges, nämlich die Erhöhung der direkten Steuern, nicht zu haben.

Natürlich herrscht auch in der Abgeordnetenversammlung, die dem Grundwertabgabengesetz seiner Zeit mit allen gegen eine Stimme zugestimmt hatte, eine ziemlich gereizte Stimmung gegen die Standesherrn, die hohen Herren haben sich nämlich keineswegs von durchaus selbstlosen Motiven leiten lassen. Es genügt zu sagen, daß die Führer der Opposition, Reichsrat v. Auer, 23-jähriger Aufsichtsrat ist. Andre „hohe Herren“ bezeichnen die Vorlage als ein Ausnahmengesetz, als den Anfang einer Vermögenssteuer und Groß Wohl meinte gar, das Gesetz sei entpöppelt dem Reich und der Mühsam gegenüber einigen glücklichen Terrainspekulanten. Die Motive der Reichsräte sind also klar, sie lassen darauf schließen, daß der hohe Adel in nicht geringem Maße bei der Terrainspekulation engagiert ist. Nun hat man im Reichsrat die Regierung auch auf eine Steuerrevision verwiesen. Es ist natürlich nichts als ein fauler Witz. Als vor einigen Jahren einmal der Versuch gemacht wurde, die großen Einkommen schärfer zur Steuer heranzuziehen, da waren es gerade die Herren Reichsräte, die die höheren Steuerföge strichen. Solche Sorge um den eignen Geldbeutel hat die Partei auch bei ihrem Verhalten gegenüber dem Grundwertabgabengesetz geleitet.

Wenn die Ablehnung dieses Gesetzes den Finanzminister veranlaßt hat, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, so beweist das nur, auf welche schlechten Füßen die ganze niederrheinische Finanzgebarung steht. Niedel stellt seine Budgets immer so vorsichtig auf, daß auch in den schlechtesten Finanzperioden hinterher ein Ueberschuß herauskommt. Die Ertragsrücklagen werden dann zu einmaligen Ausgaben verwendet, die in der Regel Liebesgaben an die immer schreienden Agrarier sind. Und diese Ertragsrücklagen werden nur dadurch erzielt, daß man bei den notwendigen laufenden Ausgaben ungemein knauserig ist. Auch jetzt müßte es dem Finanzminister ein leichtes sein, für den Ausfall von etwa 300 000 M., der ihm durch den Fall des Grundwertabgabengesetzes entfällt, eine andre Deckung zu finden. Wenn er statt dessen sofort die Waffen streckt und demissionierte, so stellt er seiner ganzen Finanzgebarung selbst das denkbar schlechteste Zeugnis aus.

München, 22. Juni. Abgeordnetenversammlung. Der Abg. Remminger und andre Mitglieder der freien Vereinigung brachten den Antrag ein, an die Krone die Bitte zu richten, eine Aenderung der Verfassung in der Richtung herbeizuführen, daß die Regentenschaft auch bei Lebzeiten eines andauernd willenlosen Königs ihr Ende finden kann.

Der Kulturkampf in Baden, so wird uns geschrieben, droht wieder emporzukommen. Seit Jahren haben die Centrumsgroßen ein nie verlassendes Mißverhältnis gehandhabt, um ihre Anhänger, wenn sie matt werden, wieder aufzuwecken: sie verlangen von der Regierung die Zulassung von Männerklöstern. Vor zwei Jahren gab die Regierung zum erstenmal eine nicht rundweg abweisende Antwort, und die Folge war der berühmte Klostersturm der Jungliberalen, der auch die Alten mit fortriss, und der dem Centrum große Erfolge brachte.

Am Dienstag stand nun das Kultusbudget in der Zweiten Kammer zur Beratung und gleichzeitig eine Interpellation des Centrum, warum bisher Männerklöster noch nicht zugelassen wurden. Der nationalliberale Verächterstatter über das Kultusbudget fuhr reiches historisches und juristisches Material auf, mit dem er beweisen wollte, daß der Staat keine Verpflichtung habe, der bischöflichen Kurie andre, als die durch Verträge oder Gesetz festgelegten Unterhaltungslosigkeiten zu bewilligen. Es werden aber seit dem letzten Landtag für außerordentliche Bedürfnisse der Kurie bedeutende Mittel angefordert und von den Nationalliberalen bewilligt. Auch diesmal will die nationalliberale Fraktion diese Forderungen wieder bewilligen trotz des großen geschichtlichen Gekrühes des Verächterstatters, aber es soll das letzte Mal sein. Der Fraktionschef der Nationalliberalen beschwerte sich dann bitter über Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes; er verlangte, daß Männerklöster unter keinen Umständen zugelassen werden. Diesen Vorstoß gegen das Centrum wird man wohl auf das Konto der Jungliberalen setzen müssen, denen damit der Mund gestopft werden soll.

Der Minister hatte kein Erbarmen mit den Liberalen, er erklärte: Die Regierung sei mit der Kurie in Unterhandlung getreten, um festzustellen, unter welchen Bedingungen einige Männerklöster zugelassen werden sollen, das heißt die Frage ob überhaupt solche zugelassen sind, muß schon bejahend entschieden sein. — Für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes sei das Gesamtministerium einstimmig eingetreten. Dagegen sei an Aufhebung des § 1 dieses Gesetzes nicht zu denken.

Weiter hielt der Minister boshafterweise den Nationalliberalen ihre Inkonsequenzen vor, die sie bisher stets in höchsten Fragen an den Tag gelegt.

Unter solchen Umständen war es für den Centrumredner doppelt leicht den Verächtlichen zu spielen. Er bemühte sich sichtlich das Centrum als bescheidenste, demütigste Partei hinzustellen, nur bestrebt einen Strahl von dem Licht aufzufangen, das andern in reichem Maße flutet. Diese Bescheidenheitstaktik befolgt das Centrum seit 2 Jahren ganz konsequent, ihr hat auch der frühere heftigere Führer Wacker Wacker einwilligen müssen.

Im Lande wird sich nun bei den Jungliberalen wahrscheinlich wieder ein heftiger Sturm über den centrumfreundlichen Antwort

des Ministers erheben, der Klostersturm in zweiter Auflage. Und das Centrum wird wieder den Vorteil davon haben.

Die Politik der feierlichen Momente. In der Münchener „Medizinischen Wochenschrift“ wird die Krankheit eines Epileptikers geschildert, der Selbstgespräche zu führen pflegt. „Namentlich — heißt es in dem Bericht — spielte der Ocean eine große Rolle, und am Ende fast jeden Satzes lehrte der Refrain wieder: Und es ist ein so feierliches Moment.“

In Berlin ist neulich ein ähnlicher Fall behandelt worden. Ein großer Staatsmann wurde von einem diplomatischen Forscher belauscht, wie er folgendes vor sich himmelmelte: „Ja, ja, der Ocean, Thalatta, Thalatta, sagt Büchmann, und es ist ein so feierliches Moment. Und es ist ein so feierliches Moment. Das Nat ist bieder als der Ocean, und unsre Freundschaft mit England wird zu Edes Veruhigung nur durch die zu Russland übertroffen, und es ist ein so feierliches Moment. Und in Marokko haben wir glücklicherweise auch nichts zu suchen, und die Augen der ganzen Welt sind auf Homburg gerichtet — panem et circensis sagt Büchmann — und es ist ein so feierliches Moment.“ Hier wurde der diplomatische Forscher nach der Beobachtungsstation der Charitee geschafft.

(Aus dem „Klabberdatsch“.)

Husland.

Zum Attentat auf Bobrifow

erhält die „Frankfurter Zeitung“ einige ergänzende Mitteilungen aus Helsinki:

Eugen Schäumen, einer der vornehmsten und angesehensten Familien Finnlands angehörig, hatte am Abend vor der blutigen That verschiedene Freunde, Männer und Frauen zu einem Souper eingeladen. Als einer der Eingeladenen sich wegen dringender Arbeit entschuldigen mußte und dabei äußerte: „Wäre es nur Donnerstagabend gewesen!“ hatte Eugen Schäumen gesagt: „Morgen Abend bin ich nicht mehr unter den Lebenden.“ Die ganze Nacht auf Donnerstag schritt er in seinem Zimmer auf und ab, wie andre Hausbewohner später mitgeteilt haben. Donnerstagsvormittag war er mit einigen Freunden in einem bekannten Frühstückslokal zusammen und erzählte allerlei lustige Jagdgeschichten. Um halb elf Uhr, d. h. gerade eine halbe Stunde vor dem Attentat, verabschiedete er sich, indem er seinen Freunden sagte, er habe im Senat zu thun. Dasselbst unterhielt er sich bis wenige Minuten vor 11 Uhr mit verschiedenen Kollegen in den Bureau des obersten Stoffs, ging dann die Treppe ganz langsam hinunter und stellte sich hinter eine der Treppensäulen, sobald er bemerkte, daß der Generalgouverneur in das große Vestibule unten eingetreten war und sich nach oben begab, um den Plenarberatungen des Senats beizuwohnen. Gerade in diesem Augenblick kam ein Freund Schäumens vorüber und wollte ihn sprechen, aber Schäumen winkte ihm energisch ab, indem er nur schnell sagte: „Jetzt habe ich keine Zeit!“ Einige Sekunden später trat Schäumen auf den Generalgouverneur zu und gab in schneller Reihenfolge drei Schüsse auf ihn ab, den ersten gegen den Hals, den zweiten gegen die Brust, den dritten gegen den Unterleib gerichtet. Schäumen war ein vorzüglicher Revolvergeschütze und hatte sich seit Jahren in fortwährender Übung gehalten. Die erste Kugel bohrte sich zwischen die Brust- und Speiseröhre hinein, die zweite traf den Unterleib in der Herzgegend, die dritte endlich — anscheinend eine sogenannte Dumdum-Kugel mit teilweise entferntem Kugelmantel — traf den Unterleib und verursachte eine entsetzliche Wunde. Als Schäumen erkannte, daß er sein Ziel erreicht hatte, lehrte er den siebenläufigen Revolver gegen seine Brust, drückte zweimal los und brach sofort tot zusammen. Der Leichnam Schäumens wurde von russischen Gendarmen in rohester Weise behandelt und er ist seinen Verwandten noch nicht ausgeliefert worden.

Niederlande.

Die kirchliche Reaktion hat bei den nun beendeten Wahlen zu den Provinzialstaaten gesiegt, die Liberalen sind unterlegen, und die Folge davon wird sein, daß die geringe Majorität, die sie bis jetzt in der Ersten Kammer haben, einer kirchlichen Weichen muß. Der „Standard“, das Hauptorgan des calvinistischen Ministerpräsidenten, bringt einen Siegesartikel, der mit den Worten beginnt: „Soli Deo gloria, nicht um die Ehre, sondern Ihn, der uns nach so heftigem Kampf den Sieg schenkte!“ Und nicht minder freut sich die katholische und anders „christliche“ Presse des Sieges des Ministeriums Anker. — Die große Anzahl von Stichwahlen, die notwendig geworden sind, und bei denen in einzelnen Fällen socialdemokratische Kandidaten in Frage kommen, können an dem Gesamtergebnis wenig ändern.

Rußland.

Aus Jakutsk sind jüngst Privatnachrichten eingetroffen, die ein neues Licht auf die Rolle und die Pläne des Gouverneurs Kutaisow in der von uns ausführlich behandelten Affaire der Belagerung der Verbannten werfen. Wenn damals der Zweck der russischen Behörden in Wirklichkeit der gewesen wäre, die verbräuterten „Rebellen“ lediglich zu zwingen, sich zu ergeben, dann konnte dies sehr leicht entweder durch eine regelrechte Blockade des Hauses oder aber durch einen einzigen energischen Sturm auf die improvisierte „Festung“ erreicht werden. Im ersten Falle hätte der Hunger, im zweiten das zahllose Lebergewicht des Militärs den Verbänden den „Sieg“ gesichert. Aus den jetzt eingetroffenen Nachrichten ergibt sich, daß der Armeeschef von Jakutsk ein Drittes gewählt hatte: eine systematische Beschickung mit Kleinkalibrigen aus großer Entfernung. Diese während dreier Tage immer wieder ohne jeden Anlaß vorgenommene Beschickung konnte nur den einen Zweck haben: alle in der „Festung“ versammelten Verbannten nacheinander niederschlagen! Die Wände des Hauses sind von den Kugeln, die drei Mauern durchschlugen, in ein Sieb verwandelt. Wenn trotzdem nur ein Verbannter getötet wurde, so liegt das daran, daß die Belagerten sich durch einen 1-1/2 Meter hohen Wall und einen etwa 2 Meter tiefen Graben geschützt hatten. Während der Beschickung lagen sie die ganze Zeit auf der Erde und die Kugeln flogen über sie hinweg.

Als sich die Wiederbesetzung der Festung auf diese Weise nicht erreichen ließ, entschlossen sich die Schergen zur äußersten Maßregel: Am dritten Tage des Bombardements wurde der Befehl gegeben, das verhängte Haus von den Dächern der benachbarten Häuser zu beschleichen, um die auf dem Boden niedergelagerten mit den Kugeln zu erreichen. Aber da ergaben sich die Belagerten und nur auf diese Weise ist die beabsichtigte Mehle verhindert worden. Doch die zarische Regierung verfügt über mehrere Methoden, ihren Zweck zu erreichen — eine der probatesten ist der Justizmord. Das Gerichtsdrama ist bereits durch eine Untersuchungskommission zweckmäßig eingeleitet. Wir erhalten schon Nachrichten über eine lange Reihe falscher Zeugen, die ein „wertvolles Material“ für die Anklage liefern: sie bezuegen nämlich, daß die Beschickung des Hauses jedesmal lediglich eine Antwort auf die Angriffsalben der Insurgenten war. Und dabei haben diese alles in allem 2 Revolvergeschütze (nach viermaliger Verwarnung) abgegeben, denen über ein tausend abgefeuerte Kugeln auf seiten des Militärs stehen! Doch was verschlägt's! Die zarische „Justiz“ will ihr Opfer haben und sie „arbeiten“ mit Hochdruck, um zu erreichen, was die Kleinkalibrigen der Soldateska nicht fertig gebracht hatten.

Waren dem General-Schlächter von Jakutsk die Heldenthaten seines Vorbilds von Paris bekannt? Wir wissen es nicht, aber es ist anzunehmen.

Zur „Wichtigstellung“ erhalten wir folgende Zuschrift: „Wenn der Redaktion des „Vorwärts“ von beteiligter Seite“, also von Mitgliedern der P. P. S., berichtet wurde, daß die P. P. S. seit über zehn Jahren die politische Klassenorganisation der Massen des polnischen und eines Teils des jüdischen Proletariats in Rußisch-Polen sei, so ist eine so schmeichelhafte Meinung von sich selbst bei dieser Gruppe begreiflich; leider stellt sie aber die Thatfachen auf den Kopf.

Die P. P. S. ist weder die Klassenorganisation, noch eine nationalistische Gruppe, die mit allen in Rußland wirkenden socialdemokratischen Organisationen: sowohl mit der russischen socialdemokratischen Partei wie mit dem jüdischen Arbeiterbund, wie auch mit der Socialdemokratie Rußisch-Polen und Littauens seit Jahren in erbittertem Kampfe liegt und von den genannten Partei-Organisationen stets als eine nationalistic-chauvinistische Gruppe betrachtet wurde und betrachtet wird.

Von den „zahlreichen Ausgebungen der P. P. S.“ ist uns nichts bekannt, als ihre eignen Berichte darüber in der von ihr tendenziös informierten Presse.

Was endlich den eminent „revolutionären Charakter“ der P. P. S. anbelangt, so genügt der einfache Hinweis auf die Thatfache, daß diese Gruppe unter der Herrschaft der zarischen Krone jeden gemeinsamen Kampf um politische Freiheiten im russischen Reich verweigert und die proletarische Einigkeit durchbricht, um nationalistic Seifenblasen — der utopischen Wiederherstellung eines polnischen Klassenstaates — nachzujagen!!

Türkei.

Konstantinopel, 22. Juni. („Frankfurter Zeitung“.) Der frühere Schwiegerjohn des Sultans Kemal-Eddin Pascha ist nach Brussa verbannt und auf einem besonderen Dampfer fortgebracht worden. Von der Degradation ist auf Flehen seiner früheren Gattin im letzten Augenblick Abstand genommen worden.

Amerika.

Der republikanische Nationalkonvent

wurde am Dienstag in Chicago eröffnet. Kriegsminister Root als stellvertretender Vorsitzender eröffnete ihn mit einem Ommus auf Roosevelt. Root führte aus, die gegenwärtige Regierung habe die öffentliche Schuld verringert, einen wirksamen Fortschritt in der Regelung des Trustwesens erzielt, das Geschäftsleben gefördert, die Landwirtschaft vorwärts gebracht, die Flotte ausgebaut, das Heer reorganisiert, den Philippinen eine Civilverwaltung gegeben, in Korea eine Republik errichtet, welche mit den Vereinigten Staaten durch Bande der Dankbarkeit und das Interesse gemeinsamer Verteidigung verbunden sei, einer offenen Weg quer durch den Isthmus erschlossen, die Monroe-Doktrin gestärkt, den Alaska-Grenzstreit beendet, die Integrität Chinas beschützt, dem Handel weitere Thüren geöffnet, das Schiedsgerichtsprinzip zur Geltung gebracht und den Frieden unter den Nationen gefördert. Inbezug habe die Regierung, der Thatfache eingedenk, daß moralische Kräfte, die nicht durch physische Stärke unterstützt werden, nicht immer gegen Selbstsucht und Angriffe nützen, die Streitkräfte, welche Achtung einflößen, vermehrt, die Flotte auf einen hohen Grad der Schlagfertigkeit gebracht und Heer und Marine in der Küstenverteidigung wie in strategischen Aufgaben überhaupt geübt. Root bemerkte sodann, es müsse noch eine Regelung des Trustwesens erfolgen, ferner könnte jetzt der Zolltarif eine Revision erfahren, welche von den Freunden des Schutzollsystems durchzuführen wäre.

Der Internatenschuß des mit der Feststellung der Resolutionen betrauten Ausschusses hat sich über die in der Zolltarifrage zu fassenden Beschlüsse geeinigt. Der Ausschuß erklärte sich zu Gunsten des Schutzoll als Grundprinzip und sagt, die Höhe des Zollfußes solle dem Unterschied zwischen den Herstellungskosten einer Ware in den Vereinigten Staaten und den Herstellungskosten im Auslande gleichkommen. Aenderungen von Zollfußes sollten nur erfolgen, wenn die Verhältnisse sich geändert haben, daß sie durch das öffentliche Interesse geboten sind, auch solle eine gemäßigtere Bestimmung, die sich für Reciprocität ausspricht, in die betreffende Resolution aufgenommen werden. Die Bestimmung über die Reciprocität war Gegenstand sehr lebhafter Erörterung und wurde schließlich nur im Interesse der Einigkeit angenommen. Das zur Annahme gelangte Programm soll, wie es heißt, im ganzen auf eine völlige Wiedergabe der Anschauungen Roosevelts hinauslaufen.

Partei-Nachrichten.

Internationale Zusammenkunft in Lindau. Am Sonntag fanden sich in Lindau aus 22 Orten in den Bodensee-Verstaaten 82 Delegierte zur Beratung verschiedener Angelegenheiten zusammen. Besprochen wurde die Errichtung eines internationalen Informationsbureaus in Konstanz, das regelmäßig alle Vierteljahre an die beteiligten Organisationen Berichte zu erstatten hat und zwar hauptsächlich über den Stand des Arbeitsmarktes. Die nächste Zusammenkunft soll in Arbon stattfinden und sich mit der Auffstellung von Organisationsstatuten und eines Reglements für das Informationsbureau beschäftigen. Am Nachmittag bildeten ca. 2000 Genossen und Genossinnen einen stattlichen Festzug, dem 20 Fahnen Leben und Farbe gaben. Im „Schühengarten“, der bis auf den letzten Platz besetzt war, hielt Genosse v. Vollmar die mit lebhaftem Beifall aufgenommene Festrede. Der Gedanke der Verbrüderung der Völker hat einen neuen Triumph gefeiert.

Die socialistische Partei Frankreichs (Gruppe Guesde-Baillant) hält ihren diesjährigen Kongreß am 9., 10. und 11. August in Lille ab. Außer den üblichen Berichten des Sekretärs, der Fraktion usw. stehen folgende Punkte auf der Tagesordnung: Der internationale Kongreß von Amsterdam; das Verhältnis zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation des Proletariats; der Primar-Schulunterricht.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Zum Leipziger Netzvertrieb. Wegen Verleumdung des Dr. med. Schälzke in Marktstadt wurde heute vom Schöffengericht der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Max Wagner, zu 80 M. Geldstrafe oder 12 Tagen Gefängnis verurteilt. In einer Notiz der Nr. 87 der „Leipziger Volkszeitung“ wurde von Sch. erzählt, daß er ein Ortslassen-Mitglied v. in Rüdmarzdorf, das der Marktstädter Kaffe überwiesen worden war, zu einer Besuche an die Kreisshauptmannschaft habe veranlassen wollen. Als dieser, den Sch. nur flüchtig untersucht habe, sich geweigert habe, hätte Sch. dessen Frau zur Unterchrist des Mannes unter die Besuche veranlaßt. In der Verhandlung gab Schälzke als Zeuge an, daß er aus Interesse für seine Leipziger Kollegen die Behandlung v. abgelehnt habe. Er habe v. nicht nur nicht flüchtig, sondern überhaupt nicht untersucht. Der Frau v. habe er dann die Adresse an die Kreisshauptmannschaft aufgeschrieben und gesagt, sie solle den Kreisshauptmann um ärztliche Hilfe bitten. Die Frau hat den Brief aber nicht abgeschickt, sondern in den Ofen gesteckt. Trotzdem mehr wahr ist, als in der Notiz behauptet wurde, erfolgte die Verurteilung wegen eines unrichtigen Punktes.

Aus Industrie und Handel.

Ein Kartell über die Ergebnisse der Kartell-Enquete. Durch die Art, wie die Kartell-Enquete des Reichskamrats des Innern vor sich geht, eine Art, die hier oft genug geübt ist, kommt es allmählich dahin, daß sie von Seiten der Kartelle als eine regelrechte Rechtsfertigung und Rehabilitierung der Kartellsünden betrachtet wird. Einen neuen Beweis dafür bringt eben wieder der Jahresbericht des Kartells deutscher Papierfabrikanten für 1903/04, aus dem die „Voss. Zig.“ einige anmutige Stichproben mitteilt. Ueber die kontradictorischen Verhandlungen im Reichskamrat des Innern ganz allgemein urteilt der Bericht also: „Es hat sich herausgestellt, daß die Syndikate ihre Macht keineswegs mißbraucht haben, wie ihnen so oft borgeworfen worden ist, daß sie vielmehr eine Politik der Mäßigung getrieben haben, der es hauptsächlich zu verdanken ist, daß die deutsche Industrie die schweren Erschütterungen überleben konnte, die ihr der Niedergang der letzten Jahre gebracht hat.“ Jetzt wissen wir's also; aber diese Wissenschaft hätte man auch schon vorher von den Kartellverwaltungen haben können, dazu bedurfte es der Enquete wirklich nicht erst. In

Wahrheit sind denn selbst die Ergebnisse dieser in der Methode so völlig verfehlten Enquete nicht derartig, daß sie der Wirklichkeit so ins Gesicht schlagen.

Besonderen Hohn faugt natürlich das Druckpapier-Mariell aus den Verhandlungen über sich selbst. Darüber heißt es wörtlich: „Dem Verband konnte nicht ein einziger Fall nachgewiesen werden, in dem er seinen Einfluß zu Preissteigerungen seiner Ware gebraucht hätte, die außer Verhältnis zur Marktlage standen. Die Mehrzahl der anwesenden Zeitungsbesitzer mußte zugeben, daß der Verband die Druckpapierpreise überhaupt nicht erhöht hätte. Ebenso erfuhr die Ausführung des Verbandes eine glänzende Rechtfertigung.“ Das ist eine Spiegelschere, die ihresgleichen sucht. Tatsächlich haben nämlich auch die kontrastivsten Verhandlungen ergeben, daß durch Abminderungen während der Vorbereitungszeit des Mariells und später unter dem Schutze des Mariells ungeheure Preissteigerungen vorgenommen worden sind, welche den Papierverbrauchern großen Schaden zugefügt haben. Noch bei den Kämpfen um die Papierzölle wurden hierfür von den Papierverarbeitern die urkundlichen Beweise erbracht, und die heute im großen und ganzen beigelegten übrigen Kämpfe zwischen Papierfabrikanten und Papierverbrauchern sind gerade bezüglich der Preissteigerungen noch in frischer Erinnerung. Allerdings hat es das Mariell immer schon verstanden, den wirklichen Tatbestand zu verdunkeln und hübsch im Schatten zu kämpfen.

Was die Ausfuhrpolitik des Verbandes betrifft, so behauptet der Bericht an der vorstehend citierten Stelle von ihr, daß sie „eine glänzende Rechtfertigung“ erfahren habe, an einer andern Stelle bestätigt er aber ausdrücklich, daß die Lieferungen an das Ausland „zu sehr schlechten Preisen, teilweise unter Opfern“ erfolgten, was also bedeutet, wenn man den Begriff Opfer mal gar nicht unterschätzt, daß ins Ausland wesentlich billiger verkauft wurde als im Inlande.

Der Bergbau in Sachsen 1903. Im Jahre 1903 waren, abgesehen von einigen kleinen Braunkohlenwerken, im Königreich Sachsen 30 Steinkohlengruben, 65 Braunkohlengruben, 37 Erzgruben und 1 Kalkwerk in Betrieb. Die Gesamtzahl der betriebenen Werke betrug also 133, während 1902 noch 139 Betriebe im Gange waren. In den 6 ausscheidenden Betrieben ist die Tätigkeit eingestellt worden. Hauptächlich dadurch ist die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten um 2,93 Proz. zurückgegangen; während 1902 in sächsischen Betrieben durchschnittlich 31 378 Personen tätig waren, waren 1903 nur noch 30 458 in Arbeit, also 940 weniger. Die Hauptzahl der Beschäftigten entfällt auf den Steinkohlenbergbau, 1903: 24 617, 1902: 25 245. Beim Erzbergbau waren 2987 (1902: 3296), beim Braunkohlenbergbau 2843 (2827) beschäftigt.

Sehr wertvoll ist die Lohnstatistik. Der durchschnittlich auf einen Arbeiter entfallende Lohn pro Jahr belief sich danach beim Steinkohlenbergbau auf 1111,07 M., beim Braunkohlenbergbau auf 944,45 M., beim Erzbergbau auf 820,99 M. und beim Kalkbergbau gar nur auf 778,45 M. Gegen das Vorjahr bedeutet das beim Steinkohlenbergbau eine Steigerung um 14,79 M., beim Braunkohlenbergbau um ganze 2,82 M., dagegen beim Erzbergbau einen Rückgang um 2,71 M. und beim Kalkbergbau um 1,55 M. Die angegebenen durchschnittlichen Lohnverhältnisse würden wahrscheinlich der elenden Wirklichkeit noch näher kommen, wenn die sächsische Lohnstatistik mehr specialisierte. Da sie das nicht tut, erhöhen die Löhne, die etwa besondere Vorkarbeiter oder Kolonnenführer bekommen, natürlich den allgemeinen Lohn der einfachen Bergarbeiter, der dadurch in der Durchschnittszahl über Gebühr groß erscheint. Berücksichtigt man diese statistische Fehlerquelle, so werden selbst die Löhne im Steinkohlenbergbau als äußerst niedrig bewertet werden müssen, von den Zimmerleuten in den andern Betriebsarten ganz zu schweigen. Dabei darf überdies natürlich auch nicht vergessen werden, welche enormen Gewinne im allgemeinen auch der sächsische Bergbau seinen staatlichen oder privaten Unternehmern abwirft.

Die Zahl der Unfälle zeigt wieder eine erschreckliche Höhe, obwohl nur die zur Anmeldung gelangten angegeben werden können. Diese Unfälle beliefen sich auf 4095, so daß bei rund 300 Arbeitstagen auf einen Tag 13,6 Unfälle kommen. Von diesen Unfällen fielen 3658 auf den Steinkohlenbergbau, 206 auf den Braunkohlenbergbau und 231 auf den Erzbergbau.

Kartell-enquete für die Drahtindustrie. Das Reichsamt des Innern hat die Enquete auf den 30. Juni anberaumt.

Ein neues Aufsverfahren. Aus Essen wird gemeldet: In der Eisengießerei Lingen in Unna wurde ein von dem Ingenieur Lindemann-Hagen erfundenes **Wöhning-Gußverfahren** vor einer Anzahl deutscher und ausländischer Ingenieure praktisch erprobt. Das Verfahren bezweckt den direkten Guß aus dem Tiegel ohne Gieß- und Weimtrageprojekt. Sachverständige erklären, daß die Erfindung von weittragender Bedeutung für die Eisenindustrie sei.

Der Außenhandel Oesterreich-Ungarns betrug nach dem amtlichen Ausweis in den ersten fünf Monaten d. J. an Einfuhr 849,9 Millionen Kronen (55,8 Millionen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres), an Ausfuhr 858,2 Millionen Kronen (90 Millionen Kronen mehr), das Aktivum der Handelsbilanz demnach 8,3 Millionen Kronen gegen 83,9 Millionen im Vorjahre.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das Schweigen als Zufug.

Der sog. Vorkott-Ausschuß der Bädermeister verbreitet neuerdings Flugblätter an die Bevölkerung, unter die er — vermutlich im Bewußtsein des Unwertes einer eignen Unterschrift — die Namen diverser Vereins- und Innungsvorstände setzt. Die Unterschriften nehmen sich manchmal sehr komisch aus, wenn man die Forderungen der Gesellen kennt und sieht, wie die Vertreter von Gewerben, in denen diese längst durchgeführt sind, dieselben kalten Blutes als den Anfang der sozialen Revolution bezeichnen. Welchen Sinn hat es beispielsweise, wenn die Innungsvorstände des Tischler- oder Schlossergewerbes die Abschaffung von Kost und Logis bekämpfen oder gar Gastwirte dafür schwärmen, daß den Bädern die „gesunde Kost im Hause des Weisers“ erhalten bleibe, damit sie vor dem angeblich teuren und unzulänglichen Birtshaus-Essen bewahrt werden? Man sollte meinen, den Grundbesitzern und den Möbelfabrikanten müßte jede neue Möglichkeit zur Vermehrung der selbständigen Gaushaltungen willkommen sein und den Gastwirten jeder neue Gast. Wer den Inhalt der vom Vorkott-Ausschuß verbreiteten Flugblätter gelesen hat, saßt sich verzweifelt vor den Kopf und fragt sich, ob denn die Leute, die da ihre Unterschrift hergaben, die Flugblätter wirklich vor der Herausgabe gelesen haben.

Und dieser Zweifel ist berechtigt. Ja die angeblichen Unterschriften der Flugblätter, in denen der Streikleitung ganz hanebüchene formale Beleidigungen an den Kopf geworfen werden, sind teilweise der Geselle eines für sie recht fatalen Beleidigungsprozesses gegen ihren eignen Willen ausgesetzt. Nur das taktvolle Verhalten der Streikleitung, welche gegen wirtschaftliche Gegner nicht Polizei und Gericht anruft, bewahrt sie vor einer Bestrafung.

Vor uns liegt ein Flugblatt im — na, sagen wir „Bädermeister-Blatt“, außerdem aber auch ein Briefwechsel zwischen dem Vorkott-Ausschuß und dem Verein Koobiter Gastwirte, der sich, durch seinen Vorsitzenden vertreten, unter diesem Flugblatt befindet.

In dem Schreiben des Gastwirte-Vereins heißt es: „Bezugnehmend auf das uns zugestellte Flugblatt Ihres Vereins, in welchem sowohl der Name unseres Kollegen Dammann sowie auch derjenige unseres Vereins unbefugterweise

wiedergegeben ist, ersuchen wir Sie, diese Flugblätter nicht mehr zu verteilen, da der von unserem Verein ersiehene Kollege Dammann zu dieser Unterschrift seine Zustimmung nicht gegeben hat. Sie denselben Herrn dieserhalb auch gar nicht gefragt haben.“

Die Antwort des Bezirksvereins Koobiter Bädermeister ist zu charakteristisch für die Art und Weise, wie der „Vorkott-Ausschuß“ arbeitet, als daß wir sie der Welt vorenthalten dürften. Herr Bädermeister **Clemens Wolf**, Havelbergerstr. 29, als Vorsitzender des Koobiter Bezirksvereins der Bädermeister, beschämt nämlich die Jünger Loholohs durch folgende Antwort:

Herr Dammann wahr ja wie Sie selbst schreiben in der am Donnerstag, den 2. d. M. stattgefundenen Verammlung und hat seine Zustimmung zu Verbreitung des Flugblattes gegeben, ich nahm aber gelegen am Sonabend den 8. d. M. noch zu Herrn Dammann zu gehen und das Flugblatt nochmals vorzulegen u. um seine Unterschrift zu bitten. Drauf aber dem Herrn nicht zu Hause, sagte aber zu seinem Herrn Sohn, daß Herr Dammann ja in Prinzip, mit dem Inhalt einverstanden sein, u. wenn er es nicht Mühsüchte zu mir schicken sollte, ich erwartete die Antwort aber vergebens, und da die Sache drängte habe ich geglaubt die Schweigen als Zusage betragten zu dürfen und habe eben dem bekanteten Namen des Herrn Damann daruntersetzen lassen.

Dies Jugeständnis ist lösslich! So können also die Unterschriften des Anti-Vorkott-Ausschusses zu stande!

Die Verammlung, die der Herr erwähnt, muß zur Charakteristik des Ganzen ebenfalls geschildert werden. Die Bädermeister luden eine Anzahl Vereinsvorstände ein, lagten über ihre Rot und fragten sie, ob sie damit einverstanden wären, wenn die Bädermeister gegen die Streikleitung Flugblätter verbreiten würden. Wer sollte diesen nun ein Vergnügen wehren, das außer ihnen selbst niemand Schaden bringen konnte? So antwortete man: „Selbstverständlich!“ „Na gewiß!“ — war aber nachher nicht wenig erstaunt, nicht den Namen der Bädermeister, sondern den eignen unter den Flugblättern zu lesen.

Alle ehrliche Bädermeister!

Die bevorstehende Lohnbewegung der Schlächter.

Eine Verammlung der Schlächtergesellen, so zahlreich besucht, wie es in diesem Beruf wohl noch nie der Fall war, fand am Montagabend im großen Saale des Vereins Berliner Musiker statt. Der Saal vermodete die Menge der Erschienenen kaum zu fassen. Das einleitende Referat hielt **Gärtner** aus Hamburg, der Vorsitzende der dortigen Mitgliedschaft des Centralverbandes der Fleischer. Er schilderte die äußerst ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlächtergesellen und gab der Erwartung Ausdruck, daß auch die Berliner Kollegen dem Beispiel der Hamburger, die im Herbst einen Lohnkampf beginnen wollen, folgen werden, um ihre wachsende traurige Lage etwas aufzubessern. Dem Referat folgte eine rege Diskussion, an der sich außer Mitgliedern des Centralverbandes auch Vertreter anderer Organisationen der Schlächter, besonders des Bundes, einer christlichen Gewerkschaft, beteiligten. Die Redner dieser Richtung wollten zwar von einer Verschmelzung der betreffenden Organisationen nichts wissen, aber darin waren sie alle einig, daß die Lohnbewegung eine Notwendigkeit sei und daß sie in dieser Hinsicht mit dem Centralverbande gemeinsame Sache machen würden. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche besagt: Die Verammelten erklären den Hamburger Kollegen ihre volle Sympathie und versprechen, mit ihnen zugleich im Herbst die Lohnbewegung durchzuführen. Der Vorstand wird beauftragt, sogleich die den Meistern einzureichenden Forderungen aufzustellen und sie der nächsten Verammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Alle Vorstände der hiesigen Gelellens-Korporationen, besonders der Gesellen-Ausschuß werden beauftragt, zu dieser Lohnbewegung Stellung zu nehmen und ihre Meinung kund zu thun, beziehungsweise eine Solidaritätserklärung abzugeben. Zu diesem Zweck ist eine aus 10 Personen bestehende Kommission einzusetzen. — Gemäß einem Vorschlage Hensels, dem die Verammlung zustimmte, sollen die Vorstände der verschiedenen Organisationen sich über die Kommissionsmitglieder verständigen und der nächsten Verammlung eine Kandidatenliste vorlegen.

Darauf referierte **Hensel** über den bevorstehenden Verbandstag der Schlächtermeister. Die Wünsche, welche die organisierten Gesellen hinsichtlich der allgemeinen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses haben, sollen in einer Resolution niedergelegt und diese dem Verbandstag der Meister eingereicht werden. Hauptächlich wird die Abschaffung des vom Meisterverbände eingeführten Arbeitsbuches, das einem Geständnisbuch sehr ähnlich ist, gefordert.

Zum **Kammerstreik** ist zu berichten, daß heute bei fünf Firmen die Steinseger zu Gunsten der Kammer die Arbeit niedergelegt haben. Es befinden sich darunter diejenigen Firmen, welche sich bisher am hartnäckigsten gegen die Anerkennung der bescheidenen Forderungen gestraubt haben. Auch der Betrieb des Innungsvorstehenden Delloso befindet sich darunter.

Die **Cigarettenarbeiter** der Cigarettenfabrik „**Manoli**“, Inhaber **Jakob Mandelbaum**, Berlin, Splittberggasse 1/2, legten am 22. d. Mts. wegen Lohnreduzierung und Maßregelung zweier Kollegen einmütig die Arbeit nieder. — Zugug ist streng fernzuhalten.

Außerdem machen wir auch an dieser Stelle auf die heutige öffentliche Tabakarbeiter-Verammlung in Dräsel's Festsaal aufmerksam.

Ausland.

Die **Maurer und Handlanger** in Winterthur, die bis jetzt die einzigen Arbeiter waren, welche noch 11 Stunden arbeiteten, haben durch eine Lohnbewegung erreicht, daß sofort die 10¹/₂ stündige Arbeitszeit und 5 Proz. Lohnreduzierung, mit Neujahr 1905 der Jehn-stundentag und eine Lohnreduzierung von 5 Proz. in Kraft tritt.

Die **Textilarbeiter** in Ablonwil (Schweiz) sind in einen Streik eingetreten. Die Ursache dieses Ausstandes bildet die Maßregelung einiger Arbeiter und Arbeiterinnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Textilarbeiter-Verbande. Um die Arbeiter zur „Raison“ zu bringen, hat die Fabrikdirektion den von ihr eingerichteten Konsumverein, dem auch die meisten Arbeiter als Mitglieder angehören, für sie gesperrt. In dieser Raktik der Ausbagerung sollen auch die Schlächter und Bäder des Ortes teilnehmen; die Direktion hat diese aufgefordert, den Arbeitern nichts mehr auf Kredit zu geben.

Verammlungen.

Die **Berliner Korbmacher** beschäftigten sich in einer Verammlung, die am 18. Juni im Gewerkschaftshaus stattfand, mit ihrer jetzigen Geschäftskonjunktur. Es ist wieder ein großer Posten Munitionslieferungen von der Geschäftsherei in Spandau herausgegeben worden, wovon ein großer Teil in Berlin geblieben ist. Die Herren Unternehmer bieten den Berliner Korbmachern dafür einen Lohn von sage und schreibe 50 Pfennigen, während in Hamburg für dieselbe Arbeit ein Lohn von 70 Pf. gezahlt wird. Wenn man nun bedenkt, daß von den Körben im Durchschnitt nur sechs bis sieben Stück pro Tag angefertigt werden können bei einem Lohn von 50 Pf., dann kann man sich ein Bild davon machen, was für ein Wochenverdienst da herauskommt — und das für staatliche Arbeiter! Die Verammlung nahm folgende Resolution an: Die heutige Verammlung beschließt: Es ist nicht eines jeden Kollegen, darauf hinzuwirken, daß ein Preis, wie er in Hamburg Geltung hat, auch in Berlin bezahlt wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Eine gemeinsame Mitgliedsverammlung der **Rabizpauer** und **Spanner** fand am 18. Juni in den Arminhallen statt. Ueber

„Bildung und Bildungsmittel“ sprach **Genosse Kohenstein**. Derselbe erntete großen Beifall. Unter Gewerkschaftlichem sprach **Jakobi** den Wunsch aus, daß von nun an die Ruher und Spanner ihre Mitgliederverammlungen gemeinsam abhalten möchten. Ein dahin gestellter Antrag wurde einstimmig angenommen unter der Bedingung, daß die nächsten Gruppenverammlungen nochmal darüber abstimmen. Darauf wurde noch eine gewerbliche Angelegenheit erledigt.

Die **Charlottenburger Gewerkschaftskommission** hielt am 16. dieses Monats eine gut besuchte Sitzung der Delegierten ab. Als ersten Punkt mußte sich die Verammlung mit der Wahl eines Ausschussmitgliedes resp. Obmannes beschäftigen. Der bisherige Obmann, **Genosse Steinig**, welcher diesem Posten seit langer Zeit in treuester Pflichterfüllung vorgeht, hat, nach beruflicher Willkür wegen Charlottenburg verlassen. Als Ausschussmitglied wurde der **Genosse Wilde** (Ruher) gewählt, während die Obmannswahl auf den **Genossen Müller** (Metallarbeiter) fiel. — Unter Punkt 2 beschäftigten sich die Delegierten mit dem Protest der Holzarbeiter gegen die ihnen zu teil gewordene Behandlung auf dem hiesigen Gewerbegericht. Da die Angelegenheit noch nicht genügend geklärt war, beschloß die Verammlung, den Ausschuß zu beauftragen, alle Mittel und Wege zu ergreifen, um die Affaire völlig aufzuklären. — Unter „Verschiedenes“ besprach die Verammlung die beschlossene Unterstützung des Volkshauses, bei welcher Gelegenheit mehrere Redner gegen die in Berlin geplante Restlosmachung der Vorkottkarte protestierten. Eine Anfrage des **Genossen Ruder**, welche Schritte unternommen wurden, um die am hiesigen Plage noch nicht centralorganisierten Gewerkschaften zu veranlassen, der Kommission beizutreten, beantwortete **Steinig** im Auftrage des Ausschusses dahin, daß die betreffenden Gewerkschaften wiederholte eingeladen wurden, bei den meisten aber leider mit negativem Erfolg. — Nicht vertreten waren die Buchbinder, Plätterinnen und die Töpfer.

Brit. Der Wahlverein hielt am 18. d. Mts. seine regelmäßige Mitgliederverammlung ab, in welcher **Dr. Schütte** einen Vortrag hielt über die Urgeschichte des Menschen. Aufgenommen wurden 11 neue Mitglieder. Ferner machte der Vorsitzende bekannt, daß das Volksfest des Kreises in Lichterfelde-Steglich abgehalten wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Braunschweig, 22. Juni. (V. H.) Vor dem hiesigen Landgericht stand heute die Klage des Lieutenant **Wise** gegen den Verleger **Sattler** an. **Wise** behauptet, **Sattler** hätte mehr Auflagen drucken lassen als vertragmäßig festgelegt war. Er fordert die Summe, die **Sattler** für das überreichliche Verlagsrecht bekommen hat. Der Termin ist auf den 5. Oktober festgesetzt worden.

Braunschweig, 22. Juni. (V. H.) Die hiesige Krankenkasse hat die Forderung der freien Arztwahl abgelehnt.

Gelsenkirchen, 22. Juni. (V. H.) Bei der Verbrennung alter Dynamitappschachteln erfolgte auf den Schläker Hüttenwerken eine heftige Explosion. Der Schiefmeister und ein Arbeiter wurden schwer verletzt.

Schweg, 22. Juni. (Amtliche Meldung.) Heute gegen 12 Uhr entgleiste zwischen den Stationen **Homburg** und **Freidendorf** aus noch nicht ermittelter Ursache der Güterzug **8188** mit Maschine, Tender und Packwagen und 8 Güterwagen. **Feizer** tot, Lokomotivführer schwer verwundet. Der Personendekler wird durch Umsiegen aufrecht erhalten. Geleise heute nacht wieder fahrbar.

Prag, 22. Juni. (V. H.) Schwere Gewitter mit Hagelschlag haben in Ostböhmen die ganze Ernte vernichtet.

Stanislaw (Galizien), 22. Juni. (V. H.) Hier ist ein allgemeiner Streik der Schlosser, Tischler und Ziegelerbeiter ausgebrochen.

Die Karthäuser-Angelegenheit vor der Untersuchungs-Kommission.

Paris, 22. Juni. (B. L. B.) Die Untersuchungs-Kommission vernahm heute nachmittag den Journalisten **Vesson** aus Grenoble. Derselbe erzählte, er sei am 13. März 1903 durch einen gewissen **Razel** mit dem Journalisten **Servoort** in Beziehung gebracht worden, der ihm mitgeteilt habe, er sei ein vertrauter Freund von **Edgar Combes**. Er habe von ihm (Vesson) die formelle Befugung verlangt, daß eine Million Frank an **Edgar Combes** gezahlt würde einen Tag nach Erteilung der Genehmigung an die Karthäuser. Vesson habe erwidert, daß er nichts versprechen könne, da er niemandes Vermittler sei. **Servoort** sei jedoch weiter in ihn gedrungen und habe erklärt, daß, wenn Vesson damit einverstanden sei, er am Abend mit **Edgar Combes** sprechen könne. Er (Vesson) habe darauf wiederholt, daß er niemandes Vermittler sei, aber gesagt, er würde sich freuen, mit **Edgar Combes** zusammen zu kommen, um sich bei ihm für die Karthäuser zu verzeihen. Am Abend sei **Servoort** wieder mit ihm (Vesson) zusammengetroffen und habe ihm gesagt, die Karthäuser (Vesson) wollten nicht bezahlen, sie würden fortgehen. Von diesem Zusammentreffen habe er (Vesson) dem Abgeordneten von Grenoble, **Pichot**, und dem Verleger **Paragnon** Mitteilung gemacht. Vesson verweigerte schließlich auf den von ihm in seinem Blatte geführten Feldzug und bemerkte, er werde seine Anklage wiederholen, denn er wolle vor das Schwurgericht kommen, um die ganze Wahrheit vorlegen zu können, die er der Kommission nicht sagen könne. Er besitze keine Beweise, aber nur vor dem Schwurgericht vorzeigen.

Trotz zahlreicher Fragen und Bemerkungen des Präsidenten, der erklärt, er könne Vesson nicht für einen anständigen Menschen halten, wenn er seine Beweise nicht vorlege, beharrt Vesson bei seiner Erklärung, daß er keine Beweise nur dem Schwurgericht vorlegen werde. Auf die Frage, woher er die Mittel habe, den kostspieligen Feldzug gegen **Edgar Combes** zu unternehmen, erklärt **Vesson**, er habe niemals einen Centime von den Karthäusern erhalten. Er weist darauf hin, daß die Drucker des „**Petit Dauphinois**“, in der noch mehrere lokale Zeitungen mit großer Auflage gedruckt würden, einen bedeutenden Nutzen abwerfe, der genüge, um die Kosten des Feldzuges zu bestreiten.

Die Kommission beschloß heute abend noch den Ministerpräsidenten **Combes**, den Handelsminister **Trouillot** und **Müllerand** zu vernehmen. Die Sitzung wurde sodann unterbrochen.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 22. Juni. (B. L. B.) Ein Telegramm Admiral **Strublow**s an den Kaiser von gestern lautet: Heute ist die von mir am 15. d. M. nach der japanischen Küste entsandte Torpedoboots-Abteilung unter dem Kommando des Kapitäns zweiten Ranges, **Wingradsk**, nach **Wladivostok** zurückgekehrt. Die Torpedoboote sind bis vor den Hafen **Elaschi** auf der Insel **Hokkaido** gefahren, den sie des Rebels wegen aber nicht anlaufen konnten. Die Torpedoboote haben sich mehrerer Handels- und Transportschiffe bemächtigt und sie in Grund gebohrt. Eines derselben haben sie in den Hafen von **Wladivostok** gebracht. Die Besatzung der Schiffspatente und der Ladungen ergab, daß ein großer Teil der Schiffe **Fische** und **Reis**, die nach dem Hafen **Saeko** und **Schimonoseki** bestimmt waren, an Bord hatte.

Tokio, 22. Juni. (B. L. B.) Amtliche Meldung. Eine Abteilung der Liautung-Armee hat gestern nachmittag **Saungiao**, 25 Meilen südwestlich von **Kaiping**, besetzt.

Britannien, 22. Juni. (B. L. B.) Der Oberichter von **Britisch-Neuguinea**, **Robinson**, hat sich am 19. Juni nach einer langen Unterredung mit dem neuernannten Administrator auf **Neuguinea** erschossen. **Robinson** war stellvertretender Administrator gewesen, als der Regierungsdampfer „**Merry England**“ von **Goaradi-Engelborenen** angegriffen wurde. Der Angriff, der am 3. März stattgefunden hat, war zwar zurückgeschlagen worden; es waren, aber auch auf englischer Seite einige Verluste zu verzeichnen.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung am Mittwoch, den 22. Juni 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Pöbbecke.

Eingegangen ist ein Antrag Newoldt und Gen. (frl.) betreffend Änderung des Reichsbeschaffungs-Gesetzes.

Ein Regierungskommissar erklärt sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten.

Abg. Kretsch (l.) begründet die Interpellation. Alle schaffenden Kreise, Landwirtschaft, Handel und Industrie seien einig in dieser Forderung.

Die Thronrede vom 9. Januar 1900 habe versprochen, den Kanal der wasserwirtschaftlichen Vorlage einzugliedern; aber jetzt schweben seit zehn Jahren tiefergehende Erwägungen und feierliche Verheißungen.

Die Abgg. Wögel (natl.) und Pöbbecke (fr. Vg.) bitten um möglichst schnelle Beendigung der Vorarbeiten und Inangriffnahme des Baues.

Abg. Gysling (fr. Vp.) erklärt sich von der Regierungserklärung vollkommen unbefriedigt. Man hätte jetzt endlich erwarten können, daß die Regierung aus dem Stadium der Beratungen und Erwägungen herausgekommen wäre.

Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke: Ich nehme an, daß die Heimatliebe, die ich besonders hoch schätze, für den Vorredner die Veranlassung gewesen ist, manche Ausführungen zu machen, die der Sache unendlich dienlich sein können.

Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke: Ich nehme an, daß die Heimatliebe, die ich besonders hoch schätze, für den Vorredner die Veranlassung gewesen ist, manche Ausführungen zu machen, die der Sache unendlich dienlich sein können.

Abg. Dittich (l.) wendet sich gegen den neuen Vorschlag des Ministers. Nicht darauf käme es an, das Land für den Staat zu laufen, sondern es zu meliorieren.

Abg. v. Kötzing (l.) wendet sich mit großer Schärfe gegen die Auffassung des Ministeriums, daß die Anlieger einen größeren Teil der Kosten tragen müßten.

Danach wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Teils der Konservativen angenommen.

Abg. v. Kötzing (l.) wendet sich mit großer Schärfe gegen die Auffassung des Ministeriums, daß die Anlieger einen größeren Teil der Kosten tragen müßten.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.) zur Geschäftsordnung: Noch am Freitag war der Senatorenkonvent der Meinung, daß große Gegenstände zur jetzigen Jahreszeit nicht mehr vorgenommen werden sollten.

Abg. v. Pöbbecke (l.) zur Geschäftsordnung: Noch am Freitag war der Senatorenkonvent der Meinung, daß große Gegenstände zur jetzigen Jahreszeit nicht mehr vorgenommen werden sollten.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.) zur Geschäftsordnung: Noch am Freitag war der Senatorenkonvent der Meinung, daß große Gegenstände zur jetzigen Jahreszeit nicht mehr vorgenommen werden sollten.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.) zur Geschäftsordnung: Noch am Freitag war der Senatorenkonvent der Meinung, daß große Gegenstände zur jetzigen Jahreszeit nicht mehr vorgenommen werden sollten.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.) zur Geschäftsordnung: Noch am Freitag war der Senatorenkonvent der Meinung, daß große Gegenstände zur jetzigen Jahreszeit nicht mehr vorgenommen werden sollten.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.) zur Geschäftsordnung: Noch am Freitag war der Senatorenkonvent der Meinung, daß große Gegenstände zur jetzigen Jahreszeit nicht mehr vorgenommen werden sollten.

Und warum vertragen wir uns denn jetzt überhaupt, wenn nicht zu dem Zweck, daß die Minister an den ersten Tagen der dieser Woche teilnehmen können.

Präsident v. Kröner: Ich berichtigte den Vorredner tatsächlich dahin, daß die Pause notwendig ist, weil nach der Geschäftsordnung der Kommissionsbericht drei Tage in den Händen der Abgeordneten sein muß.

Abg. v. Pöbbecke (l.): Wir dürfen uns nicht aus Gründen der Bequemlichkeit einer Pflanz entziehen.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Ich habe mit Erstaunen und Bedauern die Mitteilung gehört, daß die Regierung besonderen Wert auf die Verabschiedung des Gesetzes legt.

Minister v. Hammerstein: Die Regierung hat den Wunsch, daß das Gesetz noch verabschiedet werde, schon vor zehn Tagen geäußert, als mit dem Präsidenten über die Verlegung verhandelt wurde.

Abg. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

ist der Ausdruck starker gewordenen Einheitsempfindens. Man hat die Entscheidung über die Zugehörigkeit zur Partei den örtlichen Organisationen desweges entzogen, um diese wichtige Entscheidung, die für den Betroffenen oft von der einschneidendsten Bedeutung ist, es bei der zunehmenden Größe der Partei immer mehr wird, dem Bereiche örtlicher persönlicher Zweiselligkeiten zu übertragen.

Präsident v. Kröner: Ich berichtigte den Vorredner tatsächlich dahin, daß die Pause notwendig ist, weil nach der Geschäftsordnung der Kommissionsbericht drei Tage in den Händen der Abgeordneten sein muß.

Abg. v. Pöbbecke (l.): Wir dürfen uns nicht aus Gründen der Bequemlichkeit einer Pflanz entziehen.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Ich habe mit Erstaunen und Bedauern die Mitteilung gehört, daß die Regierung besonderen Wert auf die Verabschiedung des Gesetzes legt.

Minister v. Hammerstein: Die Regierung hat den Wunsch, daß das Gesetz noch verabschiedet werde, schon vor zehn Tagen geäußert, als mit dem Präsidenten über die Verlegung verhandelt wurde.

Abg. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Abg. Dr. v. Pöbbecke (l.): Dem Senatorenkonvent ist kein Wort davon bekannt gewesen, daß die Regierung die Erledigung des Anstiedelungsgesetzes vor der Verlegung wünscht.

Ausschluß aus der Partei.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag zu.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft.

einräumen und ein ständiges Gericht zu schaffen, so hat man nach beiden Seiten die größeren Garantien.

Dann kann man auch der Frage der Berufung in aller Ruhe näher treten. Daß jetzt nur ein Berufungsrecht für den Angeklagten besteht, scheint auch der Parteivorstand anzuerkennen; er schlägt wenigstens eine Wenderung vor, die nur von dieser Auffassung diktiert sein kann und eine Wenderung herbeiführen will. Nach dem Antrag des Parteivorstandes soll in Zukunft die Berufung „den Besten“ anstatt wie bisher den Betroffenen zustehen. Das soll wohl ausdrücken, daß auch der Ankläger das Recht der Berufung erhalten soll. Es ist zu erwägen, ob man das thun soll. Solche Fälle, wo Ausschlußanträge aus persönlichen Streitigkeiten hervor gehen und dann gegenseitig sind, wie beispielsweise in Düsseldorf, können hier nicht zum Beweise herangezogen werden, wohl aber ist eine ernsthafte Prüfung am Platze in Fällen, wo ein Parteigenosse, weil er das im Partei-Interesse für nötig hält, gegen einen andern den Ausschluß aus der Partei beantragt, ohne daß persönliche Differenzen zwischen beiden vorliegen, also Fälle, die allein die normalen sein sollten. Bei einer so mangelhaften Institution, wie das gegenwärtig zur Entscheidung berufene Schiedsgericht, kann ich das Verlangen begreiflich finden, dem Ankläger ein Berufungsrecht einzuräumen. Trotzdem ruht auch dieses Verlangen auf der Vorstellung, als ob ein Streit zwischen zwei privaten Parteien vorläge, während in Wirklichkeit eine ernste Angelegenheit der ganzen Partei vorliegt.

Schafft man ein ständiges Gericht, dann verliert der Wunsch nach einem Berufungsrecht des Anklägers jede Grundlage. Hat dieses Gericht, das ganz unabhängig vom Ankläger und vom Angeklagten zu stande gekommen ist, den Ausschlußantrag abgelehnt, dann kann sich der Ankläger billig zufrieden geben, auch wenn es eine Partei-Organisation ist. Man kann gewiß sein, daß dieses unabhängige Gericht die Interessen der Partei nicht hintanstellt wird. Wir vertreten ja auch im Strafrecht die Forderung, daß nur der Angeklagte ein Berufungsrecht haben soll. Für den vom Ausschluß Betroffenen genügt aber bei einem ständigen Gericht das Recht der Berufung an den Parteitag.

Der Hamburger und der Rürnberger Fall haben Anlaß zur Erörterung der Frage gegeben, wie es beim Ausschluß aus der örtlichen Organisation gehalten werden soll. Der Vorstand macht dazu den Vorschlag:

„In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.“

Ausgehend von der Ansicht, daß jeder Parteigenosse das Recht haben muß, der örtlichen Vereinsorganisation anzugehören, weil er nur in dieser seine Rechte als Parteigenosse ausüben kann, ist dieser Vorschlag nur zu billigen. Indes haben gerade die beiden Fälle, die zur Aufwerfung dieser Frage geführt haben, Hamburg und Rürnberg, gezeigt, daß wohl eine Kollision zwischen der örtlichen Organisation und der Gesamtpartei denkbar ist. Es ist möglich, daß in einer örtlichen Partei-Organisation Differenzen entstehen, die ein Zusammenarbeiten mit einzelnen Parteigenossen zeitweilig unersprechlich erscheinen lassen, ohne daß ausreichende Gründe zum Ausschluß aus der Partei vorliegen. Vielleicht wäre dem zu begegnen, wenn bestimmt würde, daß die örtliche Organisation das Recht hat, eine zeitweilige Suspension vorzunehmen, für welche das Parteistatut eine Höchstgrenze festsetzt. Die Suspension kann durch den von ihr Betroffenen mit Berufung an das Parteigericht angefochten werden. Sie erlischt ohne Anfechtung durch Zeitablauf. Es kann aber auch während ihrer Dauer der Antrag auf Ausschluß beim Gericht gestellt werden.

Es ist die Rede davon gewesen, der Parteitag solle Vorkehrungen treffen, den Mißbrauch des Anklagerrechts auszuschließen. Jeden Mißbrauch eines Rechtes oder einer Institution von vornherein auszuschließen ist unmöglich. Eine Einschränkung mißbräuchlicher Verwendung wäre aber gegeben durch Beschränkung des Anklagerrechts auf Partei-Organisationen. Im übrigen darf wohl erwartet werden, daß ein ständiges Gericht nicht zögern würde, frivole Anklagen mit der nötigen Kennzeichnung zurückzuweisen, und am Ende darf man vertrauen, daß die Parteigenossen einen unter Ausschlußlage gestellten Genossen nicht schlechter behandeln werden wie wir es gewohnt sind, einen vor den bürgerlichen Strafgerichten nur Angeklagten und noch nicht Verurteilten zu behandeln. Andre Garantien gegen Mißbrauch zum Schaden eines Einzelnen sind wohl kaum zu finden.

Soziales.

Gewerbekrankheiten.

Eine Durchsicht der Berichte der Fabrikinspektoren zeigt, in wie hohem Grade die Arbeiter nicht nur der eigentlichen Unfallgefahr, sondern auch der Gefahr der Erkrankung durch Vergiftungen ausgesetzt sind. Auf alle von den Beamten gemeldeten Einzelfälle von Gewerbekrankheiten einzugehen, würde zu weit führen; wir begnügen uns daher mit der Hervorhebung einiger besonders charakteristischer Daten.

Am weitesten verbreitet sind die Bleierkrankungen, und am allerungünstigsten liegen die auf Weibergiftung zurückzuführenden Krankheitsverhältnisse in den Zink- und Bleihütten im Regierungsbezirk Oppern. Unter den 4578 Zinkhüttenarbeitern erkrankten infolge von Weibergiftung 28 an Bleistolil und Nierenlähmung, 21 an Nierenentzündung, 151 an Magen- und Darmkatarrh, 24 an Nistarmut. Die in den eigentlichen Bleihütten beschäftigten Arbeiter weisen noch weit höhere Krankheitszahlen auf. In der königlichen Friedrichshütte bei Tarnowitz erkrankten von 697 Arbeitern 92 an Bleistolil und Nierenlähmung, 6 an Nierenentzündung, 17 an Magen- und Darmkatarrh, 136 an sonstigen Krankheiten, in der Walter Kronehütte bei Durovich von 875 Arbeitern 142 an Bleistolil und Nierenlähmung, 6 an Nierenentzündung, 28 an Magen- und Darmkatarrh, 3 an Nistarmut, 161 an sonstigen Krankheiten. Auch aus andern Regierungsbezirken werden zahlreiche Bleierkrankungen gemeldet. Im Bezirk Liegnitz erkrankte in einer Wagenfabrik ein Radierer, der hauptsächlich mit Vorzeichnen der Wagenaufschriften mit Bleiweiß beschäftigt war, schwer an Bleistolil. In einer Glasfabrikfabrik im Bezirk Schlesien erkrankten der Meister und drei Arbeiterinnen zum Teil schwer an Weibergiftung; die Untersuchung ergab, daß sich auf hochliegenden Gegenständen, Lampenknöpfen und dergleichen bleihaltigen Staub angesammelt hatte. Weitere Bleierkrankungen werden mitgeteilt aus Wagenbauereien, Marmorbleichereien, Wagenbeschlagfabriken, Buchdruckereien, Kunstverglasereien, Feilenbauereien, Dachziegelereien, Emailierereien, Ofenfabriken, kurz aus fast allen Betrieben, in denen Blei oder bleihaltige Stoffe und Gegenstände regelmäßig in größerer Menge verwendet oder verarbeitet werden. Um die Gefahren, die den Arbeitern aus ihrer Berufstätigkeit erwachsen, einigermaßen zu vermeiden, bedarf es nicht nur der Aufklärung, sondern vor allem wirklich durchgreifender Schutzmaßnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung.

Den Bleierkrankungen stehen die Milzbrand-Vergiftungen an Bedeutung nicht weit nach. Diese Krankheit tritt überall da auf, wo tierische Stoffe verarbeitet werden. So erkrankte in einer Anodenbrennfabrik ein mit dem Abfaden von insländischen Knochen und Knochenstrot beschäftigter Arbeiter an Milzbrand; in den Gerbereien zu Kirchhain N. L. waren im Berichtsjahre 7 Erkrankungen an Milzbrand zu verzeichnen, in einer Weigergerei im Bezirk des Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Berlin kamen 4 Milzbrandinfektionen vor, von denen 2 tödlich endeten, und nach Annahme des Beamten handelte es sich in einer Reihe von Fällen, die als Blutvergiftung bezeichnet wurden, gleichfalls um Milzbrandvergiftungen. Auch in einer Handschuhleder-Fabrik, in der serbische und italienische Relle verarbeitet wurden, traten Milzbrandvergiftungen auf, ebenso in einer Anodenmehl- und Leimfabrik, in Lederfabriken, in Hochhaarspinnereien. Daß eine Abdehnung der Verordnung gegen die Milzbrandinfektion resp. eine Erweiterung der geschiedenen Be-

stimmungen auf alle Betriebe, wo die Gefahr einer Infektion vorliegt, erforderlich ist, wird durch die Erfahrung bewiesen.

Von sonstigen Gewerbekrankheiten seien erwähnt die in den elektrochemischen Chloralkalifabriken auftretende Chloratone die Phosphornekrose, von der Arbeiter in Zündholzfabriken befallen werden, Quecksilber- und Rauchgasvergiftungen. Unter den Juckerfabriken des Bezirks Bromberg wurde mehrfach die Juckerkrähe, ein eitriger Ausschlag an Armen und Beinen, beobachtet, der bei Vernachlässigung zu längerer Arbeitslosigkeit führen kann, und bei verschiedenen Tischlern desselben Bezirks trat die sogenannte Polierkrähe auf. In den Sirupwerkern der Juckerfabriken in Westpreußen befallen einige Arbeiter Fusteln an den Beinen. Im Kadelwerk Oberspreewurden in der Misantabteilung, in der Ölmixerplättchen mit Kolophonium, Spiritus und Terpentinöl zusammengeknetet werden, Hauterkrankungen der Arbeiter festgestellt, die sich vorwiegend an den Händen, aber auch an den Beinen, an der Brust und den Augen zeigen, und deren Natur bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Unter den Wallerei-Arbeitern der Tuchindustrie ist schon seit Jahren eine Hautkrankheit bekannt, die in juckenden Knötchen und Pusteln besteht und insbesondere an Händen und Armen, überhaupt an solchen Körperteilen auftritt, die bei der Arbeit unbedeckt sind. Die Krankheit, die früher nur vereinzelt auftrat, hat in den letzten Jahren an Ausbreitung zugenommen und sich, was früher nicht der Fall gewesen ist, auch bei Kürberei-Arbeitern gezeigt. In einer chemischen Fabrik zur Herstellung von Schwefelsäure, Phosphorsäure und Fluorsalzen entlich traten bei einigen Arbeitern Entzündungen an den Händen und Gesichtsteilen auf, die, nach Ansicht des Untersuchers auf die ätzende Einwirkung von Sodaaustaus zurückzuführen sind.

Diese keineswegs erschöpfende Uebersicht zeigt, wie sehr die Gesundheit bestimmter Gruppen von Arbeitern durch ihren Beruf gefährdet ist. Es ist gewiß mit Freuden zu begrüßen, daß die Aufsichtsbeamten den Gewerbekrankheiten eine höhere Aufmerksamkeit zuzuwenden; doch wird die aufgewendete Mühe vergeblich sein, wenn nicht die gesetzgebenden Körperschaften das in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren niedergelegte Material zum Anlaß gesetzlicher Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter benutzen.

Der XIV. Bundesstag der deutschen Bodenreformer wird in diesem Jahre am 15. und 16. Oktober in Darmstadt abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht: 1. „Die Schwindfrucht und die Wohnungsfrage“, Referent: Prof. Dr. Max Gruber-München. 2. „Die Wasserkräfte — die Bergwerke der Zukunft“, Referent: Prof. Dr. Schär-Jülich. 3. „Bodenreform und Kolonialpolitik“, Referent: Admiral Dr. Vöters-Charlottenburg.

Große Arbeitslosigkeit in Kopenhagen. Eine für diese Jahreszeit ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit herrscht gegenwärtig in Kopenhagen. Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 5000 angegeben; namentlich haben die Bauarbeiter, sowie Erd- und Betonarbeiter, die nach der schweren Zeit des Winters auf Arbeitsgelegenheit hofften, darunter zu leiden. Die Bauhätigkeit liegt darnieder. Es stehen gegenwärtig in Kopenhagen 9000 Wohnungen, die eine Mietsumme von jährlich 2—3 Millionen Kronen repräsentieren, leer. Kopenhagen hat unter einer schweren Baukrise zu leiden.

Kommunaler Arbeitsnachweis in Preußen. Die Wirksamkeit der in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweiskeitellen hat sich im abgelaufenen Jahre gesteigert. Es wurden Stellen

	angeboten	gesucht	vermittelt
im Jahre 1902	294 948	506 238	219 011
1903	382 711	545 622	272 524

In der Zahl der Vermittelungen ist andauernd eine Zunahme zu verzeichnen; so wurden vermittelt in den Jahren 1897: 104 307, 1898 122 120, 1899 160 643, 1900 185 681, 1901 189 397, 1902 219 011 und 1903 272 524 Stellen. Die Zahl der bestehenden Arbeitsnachweise ist im letzten Jahre ebenfalls weiter gewachsen; am 1. Januar 1904 waren 276 Nachweiskeitellen vorhanden gegen 268 am 1. Januar des Vorjahres und 222 am 1. Januar 1902. Neu begründet sind Arbeitsnachweiskeitellen u. a. in Joppot, Gleiwitz, Halberstadt, Hameln, Hildesheim und Bochum, während eine größere Zahl von Gemeinden die Errichtung eines Arbeitsnachweiskeitellen plant. Von den am 1. Januar d. J. nachgewiesenen 276 Nachweiskeitellen sind 189 kommunale Arbeitsnachweise; die übrigen 87 Nachweiskeitellen werden mit kommunaler Unterstützung betrieben. Unter Beteiligung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern wurden verwaltet 55 Arbeitsnachweiskeitellen.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorlesung und Diskussion. 2. Berichte der Vorsitzenden, Kassiererin und Revisoren. 3. Diskussions. Mitgliedsliste legitimiert.

Der Vorstand.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Brit. Sonntagnachmittag findet in Bethes Garten und Festfälen ein Volksfest statt, veranstaltet vom Socialdemokratischen Wahlverein unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Kreuzberger Harmonie“ und „Arbeiter-Gesangverein Brit“. Entree 20 Pf. Tanz 50 Pf. Kaffeeliche ist von 2 Uhr an geöffnet. Die Genossen und Genossinnen von Berlin und Umgegend ladet freundlichst ein Der Wahlverein Brit.

Alt-Gliedte. In der Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins am Sonnabend hält Gen. Jul. Hildebrandt über das Parteiprogramm einen erläuternden Vortrag.

In Hohen-Neudorf ist am Sonntagnachmittag 4 Uhr bei Klees eine Volksversammlung, in der Reichstagsabg. Rubel einen Vortrag über: „Das Wahlrecht in Gefahr“ hält. Die Handzetteldverteilung ist Freitagabend.

Schenkendorf. Der Wahlverein hält am Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr seine Mitgliederversammlung ab. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Genossen ist erwünscht; Gäste haben Zutritt. Diejenigen Genossen aus Wittenwalde, welche bereits in Jossen der Organisation angehört, dort ausgeschieden sind und bekundet haben, sich unserem Verein anzuschließen, fordern wir auf, sich zur Ausnahme hier zu melden. Wir müssen mit vereinten Kräften dahin streben, endlich in dem schwarzen Wittenwalde eine Organisation dauernd zu stande zu bringen. Der Vorstand. J. A.: Colberg, Schriftführer.

Lokales.

Der alte Vorsig

wurde heute vor hundert Jahren, am 23. Juni 1804, geboren. Er stammt aus Breslau, wo sein Vater Zimmermann war. Johann Karl Friedrich August Vorsig bildete sich ebenfalls für das Baufach aus, kam 1823 an das lgl. Gewerbe-Institut in Berlin und trat dann in die hiesige Werkstatt der Maschinenbau-Anstalt von F. A. Egells ein. Diese Thatfachen allein reuzieren auf seinen wahren Wert das früher bei den Fortschrittler sehr beliebt gewesene Gerede, wonach der alte Vorsig eisd und arm wie eine Kirchenmaus auf Pantinen nach Berlin gekommen sein soll. Im Jahre 1837 errichtete Vorsig vor dem Driamenburger Thor eine eigne Fabrik, die anfangs ungefähr 50 Arbeiter beschäftigte. Durch die beginnende Entwicklung der Eisenbahnen kam das Werk bald mächtig in Flor. Am 24. Juli 1841 wurde die erste von Vorsig hergestellte Lokomotive der Berlin-Anhalter Eisenbahngesellschaft übergeben, und 1854, bei dem Tode des Gründers der

Fabrik, waren 491 Lokomotiven an die preussischen Eisenbahnen geliefert, die von andern deutschen Firmen überdies 101 Stück und vom Ausland bis zum gleichen Zeitpunkt 210 Stück bezogen hatten. Diese Zahlen legen für die Tüchtigkeit der Firma Vorsig ein gewichtiges Zeugnis ab. Kurz vor Vorsigs Tode am 6. Juli 1854 war die 500. Lokomotive fertiggestellt worden, dann folgte 1858 die tausendste, 1867 die zweitausendste, 1873 die dreitausendste und 1888 die viertausendste Maschine. Eine Wenderung trat ein als nach dem Tode Albert Vorsigs am 10. April 1888 der Lokomotivbau aus geschäftlichen Gründen fast gänzlich aufgegeben wurde. Erst als im April 1894 die drei Brüder Arnold, Ernst und Conrad Vorsig selbst an die Spitze der Werke treten konnten, entwickelte sich der Lokomotivbau wieder ernsthaft. Bei der Neuanlage der Vorsig-Werke in Tegel wurde die Lokomotiv-Abteilung für eine jährliche Leistung von 300 Maschinen angelegt, und vor zwei Jahren, am 21. Juni 1902, konnte die Fertigstellung der fünftausendsten Maschine festlich begangen werden. Daß der Betrieb sich keineswegs auf die Herstellung von Lokomotiven beschränkt, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Bereits 1856 wurden die Dampfmaschinen der Berliner Wasserturbinen geliefert und 1860 stellte Vorsig für die preussische Marine Schiffs-Dampfmaschinen her. Erinnerung ist wohl noch, daß der eine der drei Firmeninhaber aus der dritten Generation, Arnold Vorsig, am 1. April 1867 in der vom Grafen Baltestrem an die Firma verpachteten „Gebwigsgrube“ in Oberschlesien durch schlagende Wetter getödet wurde.

Soweit einiges über das von Vorsig gegründete Werk selbst und seine Besitzer. Stellt man nun die Frage, ob die Arbeiter, die zur Zeit wohl etwa in der Zahl von dreitausend bei der Firma beschäftigt sind, ebenso mit dem Lauf der Dinge zufrieden sein können wie die Firma, so kann keine tröstliche Antwort gegeben werden. Es ist ja gewiß nicht zu verkennen, daß das patriarchalische Verhältnis der ersten Zeit, von dem viel Rühmliches erzählt wird, bei der Entwicklung der Dinge sein natürliches Ende nehmen mußte, und, falls es heute noch gewollt aufrechterhalten würde, zu der schimpflichen Unerträglichkeit saarabischer Zustände hätte ausarten müssen. Wie sonst in der Großindustrie und namentlich in der Berliner, wird auch bei Vorsig der Arbeiter einfach in seiner Eigenschaft als werthschaffendes Objekt eingeschätzt; persönliche Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter sind dort wie anderswo ebenso unmöglich wie persönliche Beziehungen zwischen dem Fabrikanten und seinem toten Arbeitswerkzeug. Verschiedene Konflikte, die die Arbeiterkämpfe mit der Firma zu bestehen hatte, so namentlich der Drehschleim im Herbst 1902, haben gezeigt, daß die Firma der Arbeiterschaft gegenüber nicht minder rücksichtslos ist wie andre Schorfmacher auch, daß in Tegel wie anderswo die Fabrikherren Inflationstheorien fast daraus sinnen, den Arbeiter wo nur anständig seiner Menschlichkeit, seines Selbstbewußtseins, seines Wertes als Persönlichkeit zu berauben. Die Vertrauensleute der Ausschüden wurden als Leiter des Metallarbeiter-Vereins damals vom Kommerzienrat Ernst Vorsig zurückgewiesen, als sie Verständigungsversuche anbahnten; einer der Beamten durfte den Arbeitern mit dem hohnvollen Vorschlage kommen, daß bei Gründung einer Lohnschlichtungs-Kommission sämtliche Mitglieder, also auch die Vertrauensleute der Arbeiter, von der Firma selbst ernannt werden sollten; die Existenz des ganzen Vorortes Tegel sozusagen wurde, nur um den Herrenstandpunkt recht klar zum Ausdruck zu bringen, bei dem erwähnten Streit von der Firma aufs Spiel gesetzt. Auch ein bürgerliches Blatt, die „Volks-Zeitung“, konstatierte, daß die beiden Brüder Ernst und Conrad Vorsig nicht dasjenige Verhältnis zu finden wählten, das der Begründer der Firma und sein Sohn aufrecht erhalten haben.

So haben sich die Dinge im Laufe dreier Generationen geändert. Die Geschichte der Firma Vorsig spiegelt die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung im kleinen wieder. Sie eröffnete die Aussicht auf eine geistig und physisch gleich unerträglich Knechtschaft, wenn die Arbeiterschaft sich nicht Mannes genug wählte, im Kampfe gegen unerträglichen Druck und Bevormundung ihr Menschentum zu bewahren und in einer hoffentlich nicht zu fernem Zeit den Kapitalismus mitsamt dem Kapitalisten überflüssig zu machen, zu depossidieren.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer heutigen Sitzung u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Verichterstattung über die Vorlagen: betreffend den speziellen Entwurf zu einem Verwahrungshause nebst Pflegerhaus bei der III. Jrennanstalt in Vuch und mehrere spezielle Entwürfe zu Gebäuden bei dem Rudolf Virchow-Krankenhaus, — sowie die Verwendung einer zwischen Verleberger- und Quigowstraße belegenen städtischen Landfläche für Gemeindefchulzwecke. — Verichterstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Bewilligung von 5000 M. für eine dem Stadtbaurat Krause zur Reise nach Amerika beizugebende und von dem Magistrat zu bestimmende jüngere Baukraft. — Vorlagen, betreffend: die Zustellung des Grundstücks Landsberger Allee 40/Petersburger Straße 50 zu dem Stadtbezirk 189a, — die Anstellung der Lehrkräfte an den städtischen Waisen-Erziehungs- und Idioten-Anstalten, — die Annahme einer Zuwendung des Landdirektors Paul Planitzky für die Neuter-Stiftung — die Wahl von 38 Mitgliedern und 8 Stellvertretern für die hiesige Einkommensteuer-Voreinschätzungs-Kommission, — die Erstattung der dem Ratsecker-Bächter bei der Renovierung des Ratseckers für bauliche Veränderungen und Beschaffung von Mobilen entstandenen Kosten, — die Erwerbung eines Gemeindefschul-Grundstückes an der Greifenhagenerstraße jenseits der Ringbahn, — die Erwerbung eines an der Dörowstraße belegenen Grundstückes für Gemeindefschulzwecke, — die Einlegung von Straßenbahngeleisen in die Jahrbahn der Ueberführung über den Bahnhofs-Gebundbrücken, — die Erwerbung von Straßenland zur Rigacitstraße zwischen der Samariterstraße und der Straße 67, — die Festlegung von Plakathäuser für die Straßen 11a und 11b, Abteilung XI, zwischen der Schönhauser Allee, der Bornholmer und der Schibelbeinerstraße — und die Bewilligung einer Vergütung für geistliche Amtshandlungen bei dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus. Außerdem findet in dieser Sitzung und zwar um 8 Uhr die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats statt.

Mit einer Petition gegen den Entwurf des Viehschenden-Gesetzes befahte sich das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes in seiner letzten Sitzung. Es wurde einstimmig beschlossen, sich den Vorschlägen des Magistrats von Breslau beifolgt gemeinsamen Vorgehens der größten Städte Deutschlands gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Reichs-Viehschenden-Gesetzes anzuschließen und weitere Begründungen über die Unhaltbarkeit und Unausführbarkeit einzelner Bestimmungen beizufügen. Allgemein wurde betont, daß der neue Entwurf dazu angethan sei, die großen Städte mit ihren Vieh- und Schlachthäusern zu Gunsten der Agrarier brachzuliegen, ja daß das Gesetz durch einzelne Bestimmungen sogar eine Gefahr für die Ernährung der Einwohner heraufbeschwören würde. Den Reichstags-Abgeordneten soll zum geeigneten Zeitpunkt die Protokollschrift zugehen. Es wurde fern beschlossen, eine frühere Bestimmung wieder aufzunehmen, wonach das Fleisch, welches von außerhalb eingeführt wird und auf dem hiesigen Viehschhof nicht untersucht worden ist, in den Verkaufsstellen als solches gekennzeichnet und getrennt von dem andern verkauft werden soll. Diese Verordnung wird wieder erlassen, weil nach dem neuen Fleischengesetz von außerhalb eingeführtes Fleisch, welches dort untersucht ist, hier einer weiteren Untersuchung nicht unterzogen zu werden braucht. Es ist aber amtlich festgestellt, daß die auswärtigen Untersuchungen bei weitem nicht die Garantie bieten, welche wir durch unsere städtischen Untersuchungen erhalten. Der Regierungspräsident hat früher einer solchen Verordnung zugestimmt, die dann aber, da alles Fleisch auf dem hiesigen Schlachthof

hof untersucht wurde, als überflüssig aufgehoben wurde; jetzt aber hat sie sich durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen wieder notwendig gemacht.

Die Post im Centrum. An der Ecke der König- und Heiligegeiststraße erhebt sich ein stolzer Bau im gotischen Stil, der eine Postanstalt beherbergt. Postämter, Postkassen und Schreibstühle für das Publikum deuten auf einen umfangreichen Postverkehr. An den Schaltern ist auch alles zu haben. Wir fordern z. B. eine Postanweisung und flugs liegt sie vor uns. Nachdem wir sie an dem eleganten Stenographen ausgefüllt haben, präsentierten wir sie am Schalter. Aber was ist das? Der Beamte giebt sie uns zurück: Postanweisungen werden hier nicht angenommen! Kopfschüttelnd verlassen wir die große Postanstalt und wandern einige Häuser weiter, Königstraße 60, da ist ja das Kabinets-Postamt, das Marine-Postbureau u. d. m. und da wohnt ja auch der hohe Herr Postdirektor. Nichtsdestoweniger empfängt uns hier der Portier am Gitter; als er die Anweisung erblickt, wird er freundlicher: früher, ja, früher, war hier auf dem Hofe die Postannahme, heute müssen sie schon nach der Spandauerstraße 19/20 gehen. Und richtig. Im Parterregehoft zur Rechten des kaiserl. Postgebäudes finden wir die ersehnten Geldschalter, dort, wo vordem die Briefannahme sich befand. Und hier werden wir endlich unser Geld los. Es ist doch eine herrliche Einrichtung in „Berlin C.“

Ein schweres Unglück hat sich am Dienstag auf einer vom Väterverband nach dem Dämmerthee veranstalteten Dampferpartie ereignet. Beim Bootfahren auf dem See sind die Väter Richard Sawahki und Paul Baumgart ins Wasser gestürzt und ertrunken. Sie wollten die See wechseln, wodurch das Boot zum Kentern kam. Wegen der weiten Entfernung von dem Ufer, wo das Fest abgehalten wurde, war es nicht möglich, rechtzeitig Hilfe zu bringen; daß die Festimmung nach dem Unglück dahin war, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Baumgart stand im 21., Sawahki im 23. Lebensjahr. Ihre Leichen waren gestern noch nicht aufgefunden.

Der Fabrikant Richard Schwarzlopp ist im 52. Lebensjahre im Lazarett-Krankenhaus verstorben. Richard Schwarzlopp war ein Sohn des verstorbenen Geheimen Kommerzienrats Schwarzlopp, des Begründers der bekannten Maschinenbau-Anstalt. Er war Witwer und seit längerer Zeit nervenleidend. Als Todesursache gilt Lungenentzündung. Der jetzt Verstorbenen hatte eine eigne Maschinenbau-Anstalt auf dem Grundstück Müllerstraße 172a errichtet. An verschiedenen Patentunternehmungen, die nicht reüssierten, hatte Schwarzlopp bedeutende Summen verloren. Vor mehreren Jahren kaufte er eine Fahrradfabrik, deren Ueberführung nach Berlin ihm ebenfalls bedeutende Geldopfer kostete, und durch den Niedergang in der Fahrradindustrie erlitt er dann noch weitere Verluste. Die Verhältnisse hatten sich im Laufe der Zeit so ungünstig gestaltet, daß Schwarzlopp in seinem Betriebe zuletzt nur noch eine geringe Anzahl von Arbeitern beschäftigte. Er hinterläßt vier Kinder.

Ein internationaler Reisefriede wurde gestern vormittag auf dem Anhalter Bahnhof von dem Kriminalbeamten, der dort ständig Dienst thut, festgenommen. In dem Münchener D.-Zug, der um 10 1/2 Uhr mit vielen Fahrgästen erster und zweiter Klasse abfuhr, hatte auch ein hochgeachteter Herr aus Rußland Platz genommen. Als sich diese russische Exzellenz kurz vor Abgang des Zuges in dem Seitengang befand, ging ein Mann mit einer Reisetasche, der es sehr eilig hatte, an ihr vorbei und streifte ihr mit dem Arm die Brust. Der Exzellenz war so, als ob der eilige Fahrgast ihn auch in die Tasche gefaßt hätte, und sie überzeugete sich bald, daß er daraus eine Brieftasche mit 3000 R. genommen hatte. Der Verlust schlug sofort Lärm und es gab eine große Aufregung auf dem Bahnhof. Der verfolgte Dieb warf die Tasche durch ein offenes Fenster, an dem er vorüber kam, auf das Geleise. Unterdessen war der Kriminalbeamte des Bahnhofs in den Zug gestiegen. Er nahm den Dieb, der entsetzt wollte, beim Widel. Während der Festgenommenen mit großer Entrüstung jeden Verdacht von sich abzuwehren, brachten Bahnbeamte die Brieftasche mit Inhalt, die er nach dem Bahnsteig abgewandten Seite weggeworfen hatte. Trotzdem bestritt er weiter. Einen Platz hatte er in einem Abteil 2. Klasse mit Hut und Ueberzieher belegt, obwohl er keinen Fahrschein, sondern nur eine Bahnscheinkarte besaß. Ohne Zweifel hatte er die Absicht, im letzten Augenblick mit der Deute den Zug wieder zu verlassen, entweder mit Hut und Ueberzieher oder ohne ihn. Der Verhaftete giebt sich für einen Reisenden des Sohns aus Ungarn aus und wohnt seit einigen Tagen in einem hiesigen Hotel. Er wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht. Daß er ein internationaler Reisefriede ist, wurde schon festgestellt.

Bei dem Tunnelbau am Leipziger Platz, unter dem Erweiterungsbau für das Warenhaus von Wertheim, ereignete sich gestern, Mittwoch, ein schwerer Unfall. Ein Stück Mauerwerk stürzte ein und begrub die Arbeiter Otto Krause aus der Vorstraße 12 und Otto Träger aus der Potsdamerstr. 11 zu Charlottenburg unter sich. Beide erlitten einen Bruch der Wirbelsäule und erhielten auf der Unfallstation in der Kronenstraße die erste Hilfe. Krause wurde alsdann nach dem Krankenhaus am Urban, Träger nach der königlichen Klinik gebracht, weil ihm durch Sturz auch die Augen schwer beschädigt wurden.

Infolge des Brandes am Bahnhof Pustischstraße sind nicht weniger als 24 Feuerwehrleute erkrankt. Das Befinden dieser Mannschaften ist nicht besorgniserregend. Die Mehrzahl wird ihren Dienst schon in den nächsten Tagen wieder aufnehmen können. Der Verbrauch von Material war enorm. Eine Menge Kapfen (Feuerwehrlinien) sind vollständig unbrauchbar geworden. Mehrere sind von der Hitze derart zusammengeschmolzen, verbohren, die Metallteile geschmolzen und das Leder zerrissen, daß sie als Beweisstücke aufbewahrt werden sollen. Natürlich ist auch der Verbrauch an Kleidungsstücken, besonders an Stiefeln, ein außerordentlich großer gewesen. Während des Brandes sah es auf den Berliner Feuerwachen merkwürdig aus. Da alle Rüge ausgerückt waren — 17 waren in Poabteil und zwei in der Steglitzerstr. 3 tätig —, so ließ Brandmeister Leybold, der das Kommando für sämtliche Wagen übernommen hatte, auf der Hauptwache schnell eine alte Ferkel-Handdruckspritze in Dienst stellen, mit den Pferden vom Stadtwagen bespannen und mit einigen zurückgebliebenen Leuten besetzen. Auf einer andern Wache wurde eine Feuerleiter und auf einer dritten eine in Reparatur befindliche Gasspritze in Dienst gestellt.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist der Brauereibauer Robert Esser, der als Jungeselle in der Kaylorstraße Nr. 5 in Schlafstelle wohnt. Er war beim Bau eines Tiefbrunnens in Hohen-Reuendorf beschäftigt und zog sich infolge eines Sturzes einen so schweren Armbruch zu, daß man die Knochen splitter aus dem Fleisch heraus-schälen mußte. Der Verunglückte mußte nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht werden.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einer Kraftdrosche und einem Zweirad ereignete sich am Mittwochnachmittag an der Ecke der Friedrich- und Mohrenstraße. Die 16 und 15 Jahre alten Schreiber Arthur Schimmelfennig und Paul Richter des Justizrats und Notars Brud aus der Mohrenstraße Nr. 48 fuhren beide zusammen auf dem Zweirad Schimmelfennigs und trieben nach übereinstimmenden Bekundungen vieler Zeugen Altkrotz, als der Kraftdroschenlenker Matthias Wolf aus der Jannamuelstraße Nr. 28 aus der Friedrich- in die Mohrenstraße einbog. Die Droschke warf das Zweirad um und fuhr es in Stücke. Die beiden Fahrer flogen herunter. Schimmelfennig fiel mit dem Hinterkopf auf die Vorderschwelle, zog sich einen Schädelbruch und eine Gehirn-erschütterung zu und blieb bewusstlos liegen. Richter fiel auf das Straßenpflaster und brach das rechte Bein. Wolf brachte die beiden Verunglückten mit seiner Droschke nach der Unfallstation 13 in der Kronenstraße. Dort starb Schimmelfennig schon nach fünf Minuten unter den Händen der Ärzte. Seine Leiche wurde befragungsamt und nach dem Schauhaufe gebracht. Richter erhielt einen Verband und wurde von der Station dem Krankenhaus am Urban zugeführt.

Dem Personal des Lessing-Theaters unter Leitung des Direktors Brahm werden außer dem Stamm vom bisherigen Ensemble des Deutschen Theaters folgende bekannte Berliner Schauspieler angehörend: Marg. Albrecht, Willy Gramwald, Adolf Klein, Albert Patry, Gustav Nidelt, Emanuel Reicher. Vom Deutschen Theater gehen ans Lessing-Theater über: Paula Eberly, Elise Lehmann, Hedwig Pauli, Irene Trisch, Albert Wasserhann, Karl Koppel, Bruno Köhler, Adolf Kuch, Emil Lessing, Paul Marx, Karl Reinhardt, Paul Pauli, Rudolf Rittner, Oskar Sauer, Kurt Stieler, Willy Werthmann, Bruno Ziemer. Jüngere Kräfte treten aus Köln, Freiburg, Hamburg, Rürnberg, Wofen und Wien dem Ensemble bei: Käthe Böhmich, Elise Schiff, Marie Ulfus, Oskar Juchs, Hans Marx, Alwin Reuß.

Die Leitung des Vereins zur Förderung der Kunst ersucht und darauf hinzuweisen, daß die in ihren Listen vorgemerkten Heimarbeiterrinnen, welche sich wegen Ueberlassung von Freiarten für erste Theater Berlin an sie gewendet hatten, sämtlich berücksichtigt wurden. Da noch einige Billets zum Deutschen Theater zu den Aufführungen der „Beber“, „Rose Bernd“ und „Kofemontag“ zu vergeben sind, so können noch einige Gesuche für diesen Monat berücksichtigt werden.

Meldungen sind mit Duittingkarte zu richten an das Bureau des Vereins zur Förderung der Kunst, Albrechtstr. 11.

Theater. Die Moritz-Oper im Schiller-Theater bringt am Sonnabend zum ersten Mal die Straußsche Operette „Die Fledermaus“ in der Besetzung mit Operntalenten. Margarete König, Gertrud Caroni, Frida Gattig, Richard Kische, Gustav Wajchow, Franz, Raven usw. singen die Hauptpartien. — Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der mit zahlreichen farbigen Lichtbildern und Wandelpanoramen ausgestattete neue Vortrag „Die Insel Nigen“, welcher die landschaftlichen Schönheiten des interessantesten Eilandes in voller Naturwahrheit zur Geltung bringt, am Donnerstag, Freitag und Sonnabend zur Darbietung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Friedenau. Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern (Mittwoch) vormittags hier in der Wielandstraße 24, Ecke der Hauffstraße zum Ausbruch und beschästigte die hiesige und Schöneberger Feuerwehr über drei Stunden. Das Feuer entstand auf noch nicht ermittelte Weise auf dem Boden des großen Schaufensters, fand an dem in den zahlreichen Bodenräumen aufgestellten Gerümpel und alten Hausrat der Mieter überreiche Nahrung und wurde erst bemerkt, als gegen 9 Uhr plötzlich helle Flammen aus verschiedenen Stellen des Daches schlugen. In wenigen Minuten brannte nun auch schon der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung. Die sofort alarmierte Feuerwehr ging angesichts der drohenden Gefahr die benachbarte Schöneberger Wehr um Hilfe an, die auch in kurzer Zeit in voller Stärke zur Stelle war. An eine Rettung des Dachstuhles war indes von vornherein nicht mehr zu denken und so galt es in erster Linie, die angrenzenden Gebäude vor einem Ueberfliegen zu schützen. Die Rohrführer postierten sich dem auch auf die Nachbarhäuser und sandten ungeheure Wassermassen in die Glut. Die Rauchentwicklung war aber enorm und gestattete nur ein langsames Vordringen. Von der Straße aus erfolgte der Angriff über eine große mechanische Leiter. Erst nach fast 1 1/2 stündigen Wassergeben aus fünf Schlauchleitungen war man Herr des Feuers, doch zogen sich die Aufräumungsarbeiten noch bis in die Mittagsstunden hin. Der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung wurde ein Raub der Flammen und der entstandene Schaden ist daher erheblich. Auch die Bewohner der oberen Stockwerke haben durch Wasser stark gelitten. Vor zwei Jahren brannte bereits derselbe Dachstuhl vollständig nieder.

Schöneberg. Die Hausbesitzer suchen alles, was nur einigermaßen ihrem Einfluß untersteht, für ihre Zwecke nutzbar zu machen. In einer Versammlung des Grundbesitzer-Vereins erklärte in einem Bericht über die letzte Stadtverordneten-Wahl der Referent, Stadtverordneter Schneider, daß das Verhalten mehrerer Volksschullehrer höchst bedauerlich gewesen sei. Die Herren hätten am Abend vor der Wahl die Agitationslisten angeblich wegen Zeitmangels unerledigt zurückgelassen! Wie werden die renitenten Lehrer für diese Disciplinwidrigkeit bestraft werden?

Aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern nachmittag um 3 Uhr der 45 Jahre alte Hauptmann Schöbe aus der Potsdamerstraße zu Schöneberg. Der Lebensmüde lag seit Wochen an einem schweren Nervenleiden darnieder. In einem unbewachten Augenblick sprang er aus seinem Bett aus dem Fenster und von dort aus der Höhe des zweiten Stockwerkes auf das Straßenpflaster hinab. Lebensgefährlich verletzt wurde Sch. nach seiner Wohnung gebracht. In seinem Aufkommen wird gezwifelt. Wenn fallen soll er ein Kind verletzt haben.

Schwarzendorf. Schon vor geraumer Zeit ist die Gemeinde zum Erlaß eines Ortsstatuts betreffend die Gewährung von Ruhe-Lohn und Hinterbliebenen-Versicherung für die im Dienste der Gemeinde dauernd beschäftigten Personen aufgefordert worden. Jetzt endlich ist in dieser Angelegenheit die Kommissionsberatung beantragt. Der Dorfsocialismus bekundete sich in dem Auspruch, daß die Gemeinde-Arbeiter kein Recht hätten, Ansprüche zu stellen, sondern daß die eventuelle Gewährung von Ruhe-lohn ein Geschenk sei und als erwiesene Wohlthat zu betrachten wäre. Deshalb wurde auch der Vorschlag des Gemeindeverordneten S., in die vorbereitende Kommission einen Arbeitervertreter hineinzuwählen, in der Gemeindevertretung mit zorniger Entrüstung zurückgewiesen.

Romawi. Einen für die hiesige Arbeiterschaft wichtigen Beschluß hat das Gewerkschaftsrat gefaßt. Danach sollen vorläufig alle 14 Tage Mittwochs Sprechstunden im Lokale von Karl Grub, Pfisterstraße, abgehalten werden, zwecks Ausmündung über Arbeiterschutzgesetze, Gewerbe-Ordnung usw.; auch Schriftstücke, Klagen usw. sollen erforderlichenfalls angefertigt werden. Die Ausmündung und Anfertigung der Schriftstücke geschieht kostenlos, doch müssen sich die Konsultierenden als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter legitimieren. Unterstützt wird das Gewerkschaftsrat hierbei vom Arbeitersekretär Genossen Lind-Berlin. Die erste Sprechstunde findet am Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, statt.

Gerichts-Zeitung.

Der große Fälschungsprozess gegen den Maurer Karl Riele und die Maurers-Frau Luise Ganschow ist nach fünfjähriger Verhandlung gestern nach Mitternacht zum Abschluß gelangt. Riele ließ es darauf ankommen, sich Schritt für Schritt und Punkt für Punkt überführen zu lassen. In den Zeugen wie in den Zuhörerkreisen herrschte gegen ihn allgemeine Erbitterung, die immer mehr zunahm, als sich herausstellte, daß er eine geradezu dämonische Gewalt über die mitangeklagte Frau Ganschow besessen und dies in der rücksichtslosesten Weise gegen sie ausgedehnt hatte. Als die Angehörigen der Frau Ganschow vernommen wurden, kam es zu dramatischen Auftritten. Den alten Vater der Angeklagten übermannte bei seiner Erinnerung die Wut. Er hallte die Faust gegen Riele und rief mit lauter Stimme: „Er hat meine Tochter auf dem Gewissen! Ich habe meine Kinder zu braven und ehrlichen Menschen erzogen, meine Tochter war ein tadellofes Mädchen und auch als Frau hat sie sich nie etwas zu Schulden kommen lassen und das wurde mit einem Schläge anders, als sie den Riele kennen gelernt hatte. Er hat sie völlig beherrscht und uns alle ins Unglück gestürzt!“ Der Angeklagte Riele blieb diesen Vorwürfen gegenüber völlig gelassen und verriet keine Spur von Gemütsbewegung, er versuchte sogar den guten Ruf, den Frau Ganschow als Mädchen, genossen, anzuzweifeln. Es wurde durch die Weisaufnahme festgestellt, daß Riele ein ganzes Jahr hindurch nicht gearbeitet und trotzdem gut gelebt hatte, die aus den gefälschten Sparfassenbüchern erbeuteten Summen hatten ihn in den Stand gesetzt, nobel aufzutreten und auch häufig den Freigebigen zu spielen.

Der Staatsanwalt verkannte nicht, daß der Angeklagte Riele der Hauptbuhle sei, er hat die Geschworenen, ihm mildernde Umstände zu verjagen, damit ihm die ganze Strenge des Gesetzes trafe. Die Angeklagte Frau Ganschow müsse aber ebenfalls die Folgen ihrer Schwäche tragen, wenn auch strafmildernd manches für sie anzuführen sei. Der Verteidiger Rieles, Rechtsanwalt Max Cohn, mußte sich darauf beschränken, einige Lichtseiten in den Charakter seines Klienten hervorzuheben, während der Verteidiger der Frau Ganschow, Rechtsanwalt Wodner, bei den Geschworenen anregte, ob die so sehr bedauernswerte Frau, welche unter den Fesseln ihres Nachhabers so entsetzlich gelitten, infolge ihrer krankhaften Veranlagung überhaupt verantwortlich zu machen sei.

Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte schuldig, Riele unter Verjagung, Frau Ganschow unter Zubilligung von mildernden Umständen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Riele fünf Jahre Zuchthaus und zehnjährigen Ehrverlust, gegen Frau Ganschow zwei Jahre sechs Monate Gefängnis.

Das Urteil lautete gegen Riele auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust, gegen Frau Ganschow auf zwei Jahre Gefängnis. Bei Riele wurden drei, bei Frau Ganschow sechs Monate durch die Untersuchungs-haft als verbüßt angesehen.

Ein seltener Fall beschästigte gestern die fünfte Strafkammer des Landgerichts I in der Verurteilungsinstanz. Der Vätermeister Ferdinand Bärwolf war vom Schöffengericht wegen Entwendung eines Frühstücksbrotens mit einem Tage Gefängnis bestraft worden. Der im Hinterhause des Grundstücks Memelerstr. 32 wohnhafte Schneider Pilz hatte im Januar dieses Jahres wiederholt die Erfahrung gemacht, daß sein Frühstücksbrot von seiner Korridorthür gestohlen worden war. Im 1. Februar stand er früh auf und nahm hinter seiner Korridorthür Aufstellung, um den Dieb abzufangen. Zunächst bemerkte er durch das Guckloch in der Thür, daß der Lehrling des Vätermeisters, der ihm die Backwaare lieferte, einenbeutel an den Thürgriff hing. Nach einigen Minuten hörte Pilz wieder Schritte auf der Treppe. Er bemerkte durch das Guckloch, daß es der im Vorderhause wohnende Vätermeister Bärwolf war, von dem Pilz seine Backwaare nicht bezog, der aber andre Kunden im Hause hatte. Pilz bemerkte, daß Bärwolf einenbeutel mit Backwaare an die Thür der gegenüberliegenden Wohnung hing, sich dann eine Treppe höher begab und im Vorbeigehen an seiner, des Zeugen, Thür einen Augenblick stehen blieb, um den dort befindlichenbeutel abzuhängen. Bärwolf kam gleich wieder herunter. Nun öffnete Pilz seine Thür. Er sah, daß Bärwolf mehrerebeutel in der Hand hielt und darunter einen gefüllten, ganz besonders gefüllten, den Pilz mit aller Bestimmtheit als denjenigen erkannte. „Sie, Herr Nachbar, Sie haben ja meinen Frühstücksbeutel, geben Sie ihn mir doch zurück!“ rief er ihm zu. Der Angeredete erwiderte mit Schimpfworten und Drohungen, er erklärte einfach: „Ach was, ich habe Ihrenbeutel nicht.“ Es war aber noch die Schwiegermutter des Zeugen Pilz hinzugelommen. Sie hatte denbeutel genäht und kannte ihn ebenfalls mit Bestimmtheit wieder. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten trotz seines hartnäckigen Leugnens für überführt gehalten und nahm als Beweggrund zu der That Kerger darüber an, daß der Zeuge seine Backwaare nicht von dem im selben Hause wohnenden Angeklagten bezog.

In der Berufungsinstanz bemühte sich der Verteidiger, Rechtsanwalt Jareck, den Nachweis zu erbringen, daß die Belastungs-Momente zu einer Beurteilung nicht ausreichen, der Gerichtshof war aber anderer Ansicht und erkannte auf Bestätigung des ersten Urteils.

Centralverband der Handlungsgehilfen und -Schiffmannen Deutschlands (Bezirk Berlin). Heute Donnerstagabend 9 Uhr in den Armishallen, Kommandantenstr. 20: Wichtige Verbandssitzung. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Vermischtes.

Ein Luftballon in Rot. Wie gemeldet wird, wurden gestern früh gegen 4 Uhr Bewohner von Gräbchen bei Breslau in Aufregung versetzt. Ein gestern abend 9 Uhr in Charlottenburg aufgestiegener Luftballon des Vereins für Luftschifffahrt in Berlin schwebte über den Häusern; aus dem Korbe ertönten Hilferufe. Da das Schleppseil sich in den Drähten der elektrischen Straßenbahn verfangen hatte, schien die Landung im ersten Augenblick sehr gefährlich zu sein. Schließlich gelang der Abstieg ohne Unfall. Die vier Insassen waren Direktor Mollheim, Andrea, Beling und Lieutenant Strilmpell.

Ein Eisenbahnunglück hat sich, wie aus Schwwege berichtet wird, am Mittwoch ereignet. Nachmittags gegen 7 1/2 Uhr entgleiste bei Homberg auf der Strecke Meiningen-Dresda ein Güterzug. Maschine und Postwagen rutschten den Damm herunter; 8 Wagen schoben sich ineinander und legten sich auf das Geleise. Der Heizer ist tot, der Maschinenführer ist schwer verletzt. Das übrige Personal konnte sich durch Abspringen vom Zuge retten. Die Strecke ist auf ungefähr 100 Meter aufgerissen. Der Verkehr wird durch Umsteigen ausrecht erhalten. Von Schwwege ist ein Hilfszug abgegangen. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht bekannt.

Einem griechischen Bauernfänger ist in Köln ein amerikanischer Geistlicher in die Hände gefallen. In der Domkirche drängte sich der Gauner, wie gedachtet wird, an den Geistlichen heran, dem er sich als Amerikaner vorstellte, und schloß Freundschaft mit ihm. Er verpflichtete sich dem Geistlichen gegenüber, 10 000 Pfund Sterling für amerikanische Armeen zu stiften, und handigte dem Geistlichen gefälschte Banknoten ein, wogegen dieser über 3000 R. als Sicherheit dem Gauner anvertraute. Als später der Geistliche die gefälschten Scheine zurückgeben wollte, verschwand der Bauernfänger. Die Kriminalpolizei ist eifrig auf der Suche nach dem Spitzbuben, der auch in andern rheinischen Städten Fremde um größere Beträge geprellt hat.

Marktpreise von Berlin am 21. Juni 1904

nach Ermittlungen des tgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	17,30	17,28	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
mittel	17,26	17,24	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20
gering	17,22	17,20	do. Bauch	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,30	—	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	—	—	Hambfleisch	1,80	1,20
gering	—	—	Schmalz	1,80	1,20
†Gerste, gut	14,50	13,20	Butter	2,60	2,00
mittel	13,10	11,80	Eier	60 Stck	3,60
gering	11,70	10,40	Sarpfen	1 kg	2,00
†Hafer, gut	15,10	14,40	Hale	—	2,80
mittel	14,30	13,60	Zander	—	3,00
gering	13,50	12,80	Hechte	—	2,30
Nachschlag	4,16	3,82	Barfche	—	2,00
Den	7,10	6,20	Schleie	—	2,80
Erbsen	40,00	28,00	Bleie	—	1,40
Erbsenbohnen	50,00	25,00	Kreble	per Schof	16,00
Linsen	60,00	25,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 22. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. d. G. u. F. H.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C. d. G. u. F. H.
Stettin	766	W	4bedekt	13	53	Haparanda	766	W	2bedekt	11	51
Danzig	768	W	4wollig	13	53	Petersburg	760	W	1Rebel	14	57
Berlin	768	W	4bedekt	13	53	Korl	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	772	W	2heiter	15	59	Herbeem	765	W	3bedekt	12	54
München	772	W	3wollig	14	57	Paris	773	W	2wolkenl.	13	55
Wien	769	W	4heiter	16	61						

! Weiter-Prognose für Donnerstag, den 23. Juni 1904. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich bei mäßigen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Freie Volksbühne

General-Versammlung:

Donnerstag, den 30. Juni 1904, abends 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Postillen, Benthstraße.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Julius Bab über: **Sociale Dramen**. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes für das verfloßene Vereinsjahr. Revisionsbericht. Diskussion. Neuwahl des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und Obleute, der Ordner. Anträge und Verschiedenes. Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung ihrer alten Mitgliedskarte, die in der Zahlstelle abgeholt werden kann, gestattet.

Für die **Morwitz-Oper** (Schiller-Theater O.) liegen in unsern Zahlstellen 1. Parkett-Billets aus (Kassenpreis 2,50) für die Mitglieder der Freien Volksbühne ermäßigt auf 1,50 M. inkl. Garderobe zu allen Abendvorstellungen. Rechtzeitige Vorbestellung in den Zahlstellen ist zu empfehlen.

Secessions-Karten a 25 Pfennig vom 20. Juni ab in den Zahlstellen von G. Schulz, Admiralstrasse 40a (SO.); Beyer, Veteranenstr. 13 (N.); P. Horsch, Gewerkschaftshaus (SO.); Vogel, Koppenstr. 83 (O.) und Kumke, Bülowstr. 59 (W.).

Die **Mitglieds-Karten** müssen in den Zahlstellen abgegeben werden mit der Erklärung bezüglich der weiteren Mitgliedschaft. **Umschreibungen** aus der bisherigen Zahlstelle in eine andere können nur im Juli und August nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

229/5

Max Klem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Vertikale Leitung: Paul Milbtz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Commercfest**. — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten Kinderfeste**. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag**.
Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

NEUE WELT

Hasenheide 108 Arnold Scholz
Donnerstag, 23. Juni 1904 Elite-Tag!
Gala-Monstre-Feuerwerk
Grosses Doppel-Konzert
Specialitäten-Vorstellung
Anf. 5 Uhr. Sensationelles Programm! Entree 50 Pf.
Billets im Vorverkauf 40 Pf. Paffe parloirt gegen Nachzahlung.
Sonnabend, den 2. Juli 1904:
Konzert des Berliner Lehrer-Gesangvereins.

Landes-Ausstellungs-Park.



Täglich: Doppel-Konzert.

Beisessers von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an.
Neu erbaut: Festsaal, gedeckte Gartenhallen,
Fontaine lumineuse. 3/9*

Deutscher Arbeiter-Abstinenter-Bund.

Ortsgruppe Berlin.
Sonnabend, den 25. Juni 1904, im Lokale „Zum Kurfürsten“
in Pantow, Berlinerstr. 102:

Großes alkoholfreies Sommerfest

bestehend in
Konzert, Feuerwerk, lebenden Bildern etc.
Festrede, gehalten vom Bundes-Redakteur Genossen G. Davidsohn.
BALL.
Die Kaffeetische ist den geehrten Damen von 3 Uhr ab geöffnet.
Entree 30 Pf. Billets sind zu haben:
für Pantow bei Strzelewicz, Moritzstraße 51 I,
N. F. Otto, Swinemünderstraße 49 III,
NW. W. Mielke, Poststraße 33,
W. W. Böhm, Hohenstaufenstraße 51,
SO. P. Senzner, Stralauer Allee 36.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Fortuna lächelt noch!!!

Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von W. 3000.— an, prachtvoll geschnitten W. 3.—
u. 4.— pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts
mehr abzurufen.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten
vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße-Mariendorf.
Verkäufte, auch Sonntags, von 3-8 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer A. Lowrek, Berlin,
Gneisenaustr. 52.

3475

Der Kampf im Bäckergerwerbe!

Folgende Bäckermeister haben bewilligt resp. den Tarif unterschrieben und sind deshalb in der Liste des letzten Sonntag nachzutragen:

- | | | |
|---|---|---|
| Norden.
Vuitmannstr. 20, Dieß.
Rastanien-Allee 103, Adamig.
13/14, Pape.
Kolonnenstr. 34, Rade.
28, H. Schneider.
Rößlerstr. 3, G. Schmidt.
Wiesenstr. 28, A. Seger.
Radenstr. 1, Ernst hat schon am
Sonnabend bewilligt).
Aderstr. 153, Müller.
Brunnenstr. 27, D. Hanke.
95, D. Hanke.
Ruppinerstr. 12, D. Hanke.
Rastanienstr. 30, A. Oranul.
Räderstr. 150, D. Schumann.
Doppel-Allee 104, Rich. Müller.
Randerstr. 31, Dahlinger.
Oranienburgerstr. 60/63, Simon
Broschadit.
Wiesenstr. 19a, Scharbin.
Kasperstr. 7, Bieweger.
Strahburgerstr. 28, Ribusch. | Osten.
Remelerstr. 47, Rißig.
Schöneberg.
Barbarossastr. 78, Wegel.
Neu-Weissensee.
König-Charlotten 10, Herrn Schäfer.
Rixdorf.
Folgende Rixdorfer Bäckermeister
haben den vor dem Einigungsamt
festgelegten Tarif unterschrieben und
bitten wir die Rixdorfer Bevölkerung,
nur diese Bäckereien zu unterstützen,
alle übrigen Bäckereien in Rixdorf
sind gesperrt.
Bergstr. 73, R. Kupfernagel.
122, Genrad Penke.
Delbrückstr. 35, A. Ede.
Berlinerstr. 20, A. Bolgländer.
85, A. Lehmann.
Emmerstr. 44, A. Velsch.
Jalfstr. 3, Rabatt-Sparverein Südost.
21, A. Lehmann.
Jalfstr. 25/26, G. Verhite.
Hohenzollernplatz 13, Dornbusch.
Hermannstr. 42, M. Hrusstein.
Ransierstr. 2, D. Gader.
Gullinistr. 65, A. Scholz.
31, Otto Ede.
Kaiser Friedrichstr. 12, A. Braun.
Knefedeckstr. 38, C. Orulke.
68, A. Richter. | Kirchhoffstr. 32, Carl Hoffmann.
2, Rabatt-Sparv. Südost.
Prinz Handjerystr. 24, Dietz.
38, Reuchte.
Richardstr. 104, Handke.
Ringbahnstr. 25, B. Scholz.
Thomasstr. 7, A. Lobbes.
37, Brandt.
Walterstr. 18, C. Weitzhäm.
Steinhilberstr. 29, A. Senftleben.
129, Rab.-Sparv. Südost.
Berlinerstr. 80/81, Spandel.
Herthastr. 3, Hilmer.
Knefedeckstr. 33, Rob. Gallert.
41, A. Weigig.
Richardstr. 63, Rübke.
Prinz Handjerystr. 22, B. Bennewitz.
Kaulbuscherstr. 37, Joh. Bauer.
Münchenergerstr. 17/18, Friedrich.
31, W. Bolgi.
Steinhilberstr. 23, Nummer.
121, Weigt.
131, J. Runge.
Wankelstr., Kalsube.
Warthestr. 9, Victor.
68, J. Ballinger.
Stiefenstr. 57, Carl Jekruß.
75, Klein.
19, B. Offer.
Jägerstr. 70, Paul Nahn.
77, E. Haake.
Schönefelderstr. 9, Fr. Lehman. |
|---|---|---|

Folgende Bäckermeister, welche die Bewilligung zurückgezogen oder durchbrochen haben, sind von der letzten Sonntagsliste zu streichen:

- | | | |
|---|--|---|
| Norden.
Christinesstr. 27, Schaal.
Rastanien-Allee 29, A. Feuerherm.
Gaudelstr. 9, J. Bauer.
Gleimstr. 11, Wehler.
Gartenstr. 41, G. Schmidt.
Gerichtr. 61, de la Motte.
Reyerstr. 13, A. Hennig.
Wäckerstr. 153, D. Kranke.
Schön-Allee 70a, Wäcker.
81, Schmidt.
126a, B. Schwienhagen.
Treckowstr. 26, A. Schulz, dormalis
Deubach (dieser Herr macht mit
Vorliebe die Volizei auf unsere
Kollegen, welche Kontrolle setzen,
aufmerksam). | Reinickendorferstr. 57, Ziegler (dieser
Herr hat die Forderungen da-
durch durchbrochen, daß er bei
Entlassung von Besonda's-Rit-
galedern Arbeitkräfte von der
Annahme bezog und sogar noch
andre Bäckermeister zur gleichen
Handlungsweise anforderte).
Wörtherstr. 34, Böhning.
Etzelstr. 21, Schöppan.
Griebensowstr. 8/9, Griebel.
Zwinnemünderstr. 2, Dese. | Oberstr. 59, Aug. Nante.
Prosauerstr. 8, Gung.
38, Gabelmann.
Südost.
Kdalsberstr. 85, Schulz.
Lausitzerstr. 34, Schöpe.
Nordost.
Marienburgerstr. 48, Müller.
Südwest.
Schönebergerstr. 16a, Hertloff.
Charlottenburg.
Uhländstr. 46, G. Förstermann. |
|---|--|---|

Ein neuer Trick der Bäckerinnungen.

An unser Bureau ging folgendes Schreiben ein:
Herrn Redakteur Karl Seybold, Berlin.

- Namens der Bäckermeister:
- | | | |
|---|---|--|
| Norden.
Otto Kabad, Lynarstr. 4.
A. Seger, Wiesenstr. 28.
Gustav Schröder, Wäckerstr. 35.
D. Brandt, Bergstr. 2.
A. Richter, Antonstr. 3.
D. Paulina, Weingarten-Allee 13.
Otto Müller, Wiesenstr. 17.
Th. Cnoschko, Liebenwalderstr. 60.
D. Studte, Soltstr. 49.
G. Jahl, Heimgäßelstr. 1.
Friedrich Seger, Müllerstr. 37.
G. Gonsior, Wäckerstr. 21.
St. Straßmeier, Reue Hochstr. 35.
W. Kofel, Ezergerstr. 19a.
W. Rauch, Eichenborstr. 10.
U. Nagelmann, Bergstr. 75.
D. Dalde, Aderstr. 5.
Rich. Müller, Aderstr. 102.
D. Lehmann, Reue Hochstr. 51.
G. Nagelmann, Reinickendorferstr. 3.
Gmin Untrodt, Aderstr. 70.
Rich. Spindler, Jentstr. 32.
I. Dingpeter, Gartenstr. 100.
Louis Neumann, Aderstr. 133.
Billy Henning, Gartenstr. 115.
Josef Prachina, Schulstr. 14.
Heinrich Stahr, Triftstr. 43.
H. Simpel, Aderstr. 149. | A. Sommerfeldt, Ubedomstr. 20.
A. Sommerfeldt, Quittenstr. 28.
Carl Loth, Gartenstr. 104.
August Weik, Bergstr. 2.
A. Koch, Reinickendorferstr. 47.
Paul Nied, Vorsigtstr. 12.
Schimant, Aderstr. 12/13.
Uhr. Haad, Invalidenstr. 99.
W. Stammer, Invalidenstr. 100.
G. Weilon, Lindowerstr. 14.
J. Ernst, Kapenborstr. 1.
J. Jung, Burgdorferstr. 1.
J. Dackord, Steinhilberstr. 56.
A. Waderhagen, Invalidenstr. 15.
H. Doll, Aderstr. 114.
J. Schoppau, Etzelstr. 21.
Otto Semf, Prinz Eugenstr. 10.
Hugo de la Motte, Gerichtr. 63.
G. Schmidt, Gartenstr. 41.
J. Ziegler, Reinickendorferstr. 57a.
Marx, Schlegelstr. 23.
G. Meiser, Charlottenstr. 4.
Otto Rieß, Badstr. 26.
Otto Jense, Hochstr. 31.
F. Klang, Pantstr. 61a.
W. Rübiger, Pantstr. 58a.
D. Tschöke, Köhlerstr. 1.
G. Cdoald, Prinz Eugenstr. 16.
J. Reuter, Schulstr. 20. | J. Hartwig, Bernauerstr. 20.
G. Engelhardt, Ruppinerstr. 16.
Süden.
Otto Konrad, Wäckerstr. 54.
A. Wendke, Brandenburgstr. 6.
D. Stargardt, Brandenburgstr. 67.
H. Weiner, Wäckerstr. 49.
H. Ernst, Wäckerstr. 38.
B. Kämmer, Simeonstr. 29.
R. Vollmann, Alexandrinenstr. 4.
F. Gronemann, Alte Jakobstr. 120a.
G. Geier, Hofmannstr. 7.
Gustav Henning, Kronenstr. 12/13.
Georg Risch, Lindenstr. 58.
Freudenberg, Wäckerstr. 64.
Centrum.
A. Köfner, Amalienstr. 7.
G. Jendrocks, Linienstr. 72.
2. Hosen, Gipsstr. 4.
C. Reile, Al. Hamburgerstr. 9.
G. Kemmig, Linienstr. 156.
Rixdorf.
Otto Ede, Gullinistr. 31.
A. Hornig, Köpstr. 45.
R. Hirslein, Hermannstr. 42.
2. Kupfernagel, Bergstr. 73.
R. Kasten, Julastr. 60. |
|---|---|--|

teile ich Ihnen mit:
Im „Vorwärts“ werden fortgesetzt die Namen meiner Mandanten veröffentlicht und zwar unter der Behauptung, sie hätten die Forderungen der Streikleitung bewilligt, während dies **thatächlich nicht wahr** ist. Namens der Herren ersuche ich Sie, die Weiterveröffentlichung zu unterlassen, andernfalls werden meine Mandanten den ihnen entstandenen Schaden von Ihnen beanspruchen.
Sochachtungsvoll
Loewe, Rechtsanwalt.

Nach der Angabe des Herrn Loewe ist es also **nicht wahr**, daß obige Herren die Forderungen der Wäckergerellen bewilligten. Die ehrenwörtliche Verpflichtung, unsere Forderungen zu bewilligen, haben sämtliche obengenannten Bäckermeister unterschrieben, ein Teil davon auch schon den Tarif des Einigungsamtes. Es kann sich also nur darum handeln, daß die Herren die Forderungen **jetzt nicht mehr einhalten wollen.**

Das Publikum mag sich danach richten!
Bäckermeister, die die obige Behauptung des Herrn Loewe als unzutreffend oder nicht wahrheitsgemäß ansehen, mögen diesbezügliche Erklärungen an unser Bureau einsenden.
Die Streikleitung.

Gewinn-Ziehung 7. Juli zu Briesen.
Westpreussische Pferde-Lose à 1 Mark
11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf.
Bei nur 100 000 Lose **42,000** Mark Gewinne
3 Equipagen **47** Reit- u. Wagen-Pferde
Fahrräder, Taschenuhren, silberne Ess- u. Kaffeelöffel.
Allen brauchbare, leicht verwertbare Sachen. Die Pferde können auf der nach Ziehung stattfindenden Auktion in **Bar-Geld** umgesetzt werden.
Lose überall zu haben, auch bei dem General-Debit: Bankgeschäft in Berlin
Lud. Müller & Co. Breitenstrasse 6.

Reinickendorf, den 20. Juni 1904.
Heute abend 10 1/2 Uhr verschied sanft nach längerem Leiden mein innigst geliebter Mann, unser herzerguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Restaurateur
Heinrich Putzner
im nahezu vollendeten 46. Lebensjahre.
Dies zeigen statt jeder besonderen Beileidung an
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle Reinickendorf, Humboldtstraße aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Reinickendorf u. Umgegend.
Am Montag starb unser Parteigenosse
Heinrich Putzner
Restaurateur,
Reinickendorf (Ost), Frohnstr. 49 im 46. Lebensjahre. 222/13
Der Verstorbene war ein sehr eifriger Parteigenosse. Die Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24., nachm. 6 Uhr von der Leichenhalle Humboldtstraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der Genossen bittet Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Julius Weber
(Britz)
am 20. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Väter Kirchhofes aus statt. 146/17
Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 20. Juni verstorbenen Steindruckers
Wilhelm Sandow
findet statt am Freitag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Thomas-Kirchhof, Hermannstraße. Das Komitee.

Danksagung.
Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sowie für die zahlreichen Kranzspenden sage ich allen Freunden und Bekannten, den Mitgliedern des Lotterievereins „Glückauf“, seinem Werkführer, den Kollegen und Kolleginnen von A. Weimermeister und dem 4. Wahlkreis meinen herzlichsten Dank.
Frau Hiltmann
nebst Kindern.

Wer-Stoff-hat,
fertige Herrenanzug, 20 R., feinste Zutaten, 2 Anproben. Für tabellen Sie bekommen goldene Medaille. **Ludwig Engel, Pronzauerstrasse 23, 2 Tr.** (Alexanderplatz). Geogr. 1892. 21725

Eine Mark
notwendliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen u. Nach. tabell. Ausf. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Fludern, 50 Stüd
frisch aus dem Rauch nur 1,90 M. Post. fertige Wäntze, S. 3/4, R. Ernst Napp Nacht, Zwinnemünde Nr. 56.

Reichshallen Stettiner Sänger.
Neu! Bitte bei Vater Philipp.
Anfang: 8 Uhr.
Bis Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci.
Kotlitzer Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag.
Nach der Solace: Tanz.
Wochentags haben Vorzugskarten, auch die zu den Theaterabenden auszugeben. Gütlich!

1870-71.

Das „Kriegs-Tagebuch des Fälliers Fischer“ beschäftigt heute die 1. Strafkammer des Landgerichts I. In diesem „Kriegs-Tagebuch“, welches als stattdischer, mit schönem Titelbild ausgestatteter Band bei Hermann Walther in Berlin erschienen ist, schildert Friedrich Fischer, früher Eisenbahnschlosser in Halberstadt, jetzt Hausverwalter in Berlin, der in den Jahren 1866-1869 in der 6. Compagnie des Magdeburgischen Fällier-Regiments Nr. 38 gedient hat, seine Kriegserlebnisse während des Feldzuges 1870/71. In dem Kapitel, welches von der Belagerung von Metz handelt, finden sich nicht sehr freundliche Schilderungen über einen neu eingetretenen Hauptmann und Compagniechef R., der bis dahin Lehrer an der Haupt-Redettenanstalt gewesen sei und mancherlei unschöne Charaktereigenschaften gehabt habe. So wird erzählt, daß der neue Hauptmann eines Tages sich die Compagnie, in deren erstem Gliede fast ausnahmslos hübsche, schlankle Kerle standen, im Appell-anzuge habe vorführen lassen und beim Mustern derselben zu den ihn begleitenden Offizieren so recht verächtlich ge- lacht habe: „Merkwürdige Figuren bekommt man hier zu sehen.“ Und dabei, so erzählt Fischer in dem Buche, hatten die Leute jedenfalls andre Figuren, als der Herr Hauptmann selbst, den der Verfasser wie folgt schildert: „Der Hauptmann hatte einen unbehaltmäßig breiten, aber unförmlich langen Oberkörper, den er fortwährend auf den Hüften wogelte und der auf zwei kurzen Säbelbeinen ruhte, gekrönt von einem merkwürdig kleinen Kopfe. Er war absolut barlos und hatte ein sehr wenig angenehmes Ge- sichts, zu dessen Verschönerung der die Rasenhaut hochaustragende Kneifer keineswegs beitrug.“ Es wird dann weiter gesagt, daß der „liebe Herr“ sich nicht hineinfinden konnte, daß er nicht vor einer Klasse geschwiegelter vorfällierter Kadetten, sondern vor einer zusammengekauften Feldcompagnie stand, die trotz ihres etwas ver- wilderten Aussehens doch überall, wo es nötig war, am Platze gewesen sei. Trotz seines jugendlichen Aussehens habe der Herr wie ein Schiffernecht schimpfen können, er habe die Leute nicht geliebt und diese ihn auch nicht. Der Hauptmann, so heißt es an einer andern Stelle des Buches, habe den Leuten immerfort zugeflucht. Als er, der Verfasser, eines Tages mit fünf Zimmerleuten seiner Korporalschaft sich eine sehr praktische Stöcherhütte gebaut habe und eben dabei gewesen sei, die letzten Rasenstücke aufzuliegen, habe der Hauptmann das Bauwerk zu Gesicht bekommen. Er habe über die Unbehaltlichkeiten fürchtbar „gechnaust“ und die Hütte habe wieder abgerissen werden müssen. Der Ver- fasser fügt hinzu: „Ja, wenn wir ihm erst ein solches Ding hin- gebaut hätten, dann wäre die Sache vielleicht gut gewesen.“ An einer andern Stelle wird erzählt, daß ein Soldat gestohlen und der Hauptmann diesen dafür aus Leibstrafen mit der Faust ins Gesicht gestoßen habe. Hier fügt der Verfasser bei: „Leider die einzige That des Hauptmanns, für die ich ihm vollen Beifall zolle.“ — Nach dem Einzuge in Orleans, der dem 36. Regiment zahlreiche Kundgebungen eingetragen, habe sich der Hauptmann, der für die gute Haltung der Compagnie das Eiserne Kreuz erhalten, zu der Redensart verfliegen: „Ihr bildet Euch wohl was ein auf die beiden Tage vor Orleans? Das waren gewöhnliche Marschtage, denn die Compagnie hat ja nicht mal einen Toten oder Verwundeten.“ Weiter erzählt Fischer, daß er einmal bei einer Requirierung fünf Flaschen Vouvo Oliguot „tabusiert“ habe. Als der Hauptmann gefragt, was er denn da habe, habe er geantwortet: „Fünf Flaschen Champagner, Herr Hauptmann, beliebt Herr Hauptmann vielleicht auch eine?“ „Natürlich“, habe jener gesagt und habe ihm richtig alle fünf Flaschen abgenommen. Gut sei es gewesen, daß er wenigstens Schnaps vor den Amegionsgeistes des Hauptmanns habe retten können. Weiter be- lagte sich der Verfasser darüber, daß, als er einmal krank gewesen, statt geschont zu werden, von dem Hauptmann R. zur Begleitung für die Bagage sommaniert worden sei. Niemand habe sich darum gekümmert, wie die Leute verpflegt würden. Ferner behauptet Fischer, daß der Hauptmann eines schönen Tages so angeheitert gewesen sei, daß er dreimal vom Pferde gefallen sei und sich den Fuß verstaucht habe. Auch ein Verfall wird erwähnt, daß, als die Mannschaft jen-

seits der Raine ins Quartier gekommen sei, der Hauptmann das Rauchen verboten und hinzugefügt habe: „Wenn ich einen Kinnel rauchen sehe, so schlage ich ihm die Pfeife in den Rücken!“ — Auf Grund dieser Schilderungen hat der jetzige Generalmajor z. D. Nicolai in Erfurt, der damals Hauptmann des An- geklagten gewesen, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Dem Angeklagten stand Justizrat Wreschner als Verteidiger zur Seite. Vor Eintritt in die Verhandlung legte der Vorsitzende, Landgerichts- direktor Oppermann, dem erschienenen Generalmajor Nicolai die Frage vor, ob er bereit sei, den Strafantrag zurückzunehmen, wenn der Angeklagte ihm erklären, daß er keinerlei Absicht der Be- leidigung gehabt habe. Der Angeklagte erklärte sich dazu bereit und der Vorsitzende unterbreitete dem Heugen, ob er denn ein Inter- esse daran habe, Thatsachen, die nun schon 34 Jahre zurückliegen, durch eine große Verweigerung erörtert zu sehen. Generalmajor Nicolai verweigerte aber die Rücknahme des Strafantrages. — Der Angeklagte, der wegen Beleidigung und Körperverletzung verurteilt ist, bestreitet wiederholt die Absicht der Beleidigung. Er hat den Feldzug als Reserveoffizier mitgemacht, ist Unteroffizier geworden, In- haber der allgemeinen Militär-Dienstauszeichnung-Medaille und der Centennar-Auszeichnung-Medaille, ist später Lokomotivführer gewesen und bezieht eine kleine Pension. Wie er angeht, hat er während des Krieges ein Kriegs-Tagebuch geführt, später hat er zur Erinnerung für seine vier Söhne im Jahre 1895 seine Kriegserlebnisse auf- gezeichnet und da ihm viel zugeredet worden, habe er diese Er- innerungen drucken lassen. Er gebe zu, gegen den Hauptmann „ge- laden“ gewesen zu sein, wie

die ganze Compagnie „geladen“ war. Beleidigungen enthalte das Buch nicht, er habe namentlich gar keine Ahnung gehabt, daß der ehemalige Hauptmann noch lebe, und er behaupte, daß die angeführten Thatsachen richtig seien und zahlreiche Zeugen sie bezeugen können. Heuge Generalmajor z. D. Theodor Nicolai bekundete, daß ihm ein Exemplar des Buches durch einen ehemaligen Unteroffizier seiner Compagnie zugestellt und er darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß starke Angriffe auf seine Person darin enthalten seien. Der Inhalt des Buches habe ihn denn auch mit tiefer Ent- rüstung erfüllt. Er beabsichtige gar nicht alle angeführten Thatsachen abzukreuzen, teilweise seien sie wohl wahr, sie seien aber in ge- hässiger und beleidigender Weise dargestellt. Dies habe ihn nament- lich von Fischer sehr geirritiert, den er als

intellektuellen Soldaten sehr schätzte und den er auch sehr gern hatte und auf Vertrauens- posten stellte. Ganz harmlose Dinge seien in gehässiger und per- sönlich beleidigender Weise aufgefaßt worden. Ganz besonders empörend sei für ihn die Behauptung, daß er an dem erwähnten Tage des Appells in „verächtlicher Zone“ von dem Aussehen der Leute gesprochen habe. Solche Behauptung, daß er „verächtlich“ ge- sprochen, sei angesichts der Thatsache, daß der Compagniechef gefallen, daß der Regimentskommandeur und sein eigener Schwager gefallen war, für ihn besonders empörend. Einzelne Behauptungen müsse er entschieden bestreiten, so namentlich die, daß er unbändig geschimpft habe, daß er sich nicht um die Verpflegung der Leute befürmert habe, den behaupteten Verfall mit dem Ban der Hütte, die ihm untergeschobene Redensart, daß er dem Kinnel die Pfeife aus dem Munde schlagen würde“ und vieles andre. Einzelne Thatsachen erinnere er sich überhaupt nicht mehr, andre erinnere er sich und behaupte, daß einzelne ihm vorgebrachte Bemerkungen in ganz andern Sinne gefallen seien beziehungsweise unter den gerade obwaltenden Umständen berechtigt waren. Die Be- hauptung bezüglich der fünf Flaschen Champagner und seiner an- geblichen Amertionsgelüste sei durchaus unwahr und empörend. Wenn er, nach der Behauptung des Buches, in einem gegebenen Falle großes Interesse für das Offiziersgepäck befundet habe, so könnte dies vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß ihm an seinem Gepäc damals allerdings sehr viel lag, da er in seinem Tornister die Wohnung für zwei Tage für die Compagnie hatte. Auch die Be- hauptung, daß er wiederholt betrunken gewesen sei, müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Thatsache sei, daß er nachts ein- mal, von einer Festlichkeit kommend, auf einem heftigen Pferde stehend, vom Pferde gefallen sei und sich einen Fuß verstaucht habe, unwahr aber sei, daß er wiederholt bei Tage betrunken gewesen

sei. — Justizrat Wreschner beruft sich auf eine große Zahl ehe- maliger Kameraden des Angeklagten, die viele im Buche an- geführten Thatsachen bestätigen und insbesondere auch bezeugen sollen, daß der Hauptmann Nicolai bei seinen Leuten sehr unbeliebt war und mit diesen nur in sehr förmlicher, oft schroffer Weise ver- kehrt habe, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem Premierleutnant Braun. Der Zeuge gab ohne weiteres zu, daß seine Persönlichkeit von der seines gefallenen Vorgängers abgewichen haben möge; der damalige Premierleutnant Braun habe zweifellos viel mehr, wie er selbst, die Gabe gehabt, sich bei den Leuten populär zu machen. — Justizrat Wreschner beantragte ferner Beweils- aufnahme darüber, daß der Angeklagte durch Zureden des Polizeileutnants Saffan erst sich dazu verstanden habe, seine Erinnerungen drucken zu lassen. Der Angeklagte habe, in seinem Buche alle Personen mit Namen genannt; wenn hier der Hauptmann nur mit dem Buchstaben R. bezeichnet worden sei, so beweise dies nicht, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Belei- digung gehabt habe, denn diese Eintragung des Buchstaben sei ohne sein Wissen durch den Verleger erfolgt. — Der Zeuge berief sich gegenüber einzelnen der vorgeschlagenen Zeugen seinerseits auf andere Zeugen, die die Unwahrheit bekunden sollen. Der Gerichtshof beschloß die Sache zu verlegen und eine Anzahl von Zeugen vorzu- laden.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 11 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. 1. Ein Fall wird in den meisten Fällen nicht gefordert, ist aber oft zweckmäßig. 2. Rein. 3. Ja: Sie müssen unter Paragrafen, daß Sie den Eid geleistet haben, Aufhebung des Parteibehels beim Gericht beantragen. 4. So lange der Beschuldigte nicht aufgehoben ist. — Merksamen. 1. Ja. 2. Der Knabe würde gewerblicher Arbeiter des Betriebes bleiben; das ist aber unzulässig. 3. Auch ein zeitweises Regieren rechne zu dem gewerb- lichen Betrieb. 4. So lange die Regelbahn dem Wirt gehört, gehört das Gestalt ihrer Benutzung zum gewerblichen Betriebe des Gastwirts. Die schweren gesundheitlichen und sittlichen Schädigungen der Kinderarbeit bestehen auch für Regelaufseher. Wenn Sie ohne Erwerbsfähigkeit in Ihren Privaträumen legen, so liegt kein gewerblicher Betrieb vor. — P. Rein. — G. G. Rein. Weisungen sind nicht sagbar. — Friedrichsberg 10. Verjährung der Strafvollstreckung liegt nicht vor, solche tritt in Ihrem Falle erst in fünf Jahren ein. — Wundliche. Der Berechtigten steht aus Unfallrenten in festem Wege pändbar oder verjährungslos. Ebenso wenig sind Sie verpflichtet, dem Mann Ihren neuen Schein zu geben. Verlangen Sie sofortige Rückgabe des Scheines und beantragen Sie, falls Sie die Forderung des Beamten beweisen können, dessen Bestrafung bei der Staats- anwaltschaft. — G. B. 1. Eine 100 M. 2. 5-10 M. 3. und 4. Wird das Armenrecht bewilligt, so werden Gebühren nicht verlangt. — C. B. — Wundt. Die Antworten sind zutreffend. Nicht auf die Auslegung der Gesetze, wie sie erwünscht wäre, sondern auf die Praxis ist dabei Bezug ge- nommen und der Kosten erporende Weg vorgezeichnet. Die Materie selbst wird an einer andern Stelle des Blattes behandelt. Sind Ihnen ober- gerichtliche Erkenntnisse bekannt, die einen entgegenstehenden Standpunkt einnehmen, so wäre die Übermittlung derselben erwünscht. — U. n. R. 999. 1. Seit sehr langer Zeit. Das Datum des österreichischen Währungswechsels ist uns nicht gegenwärtig. 2. Wenn Sie sich das Buch über Rechenkünste u. dergl. kaufen, so haben Sie nur 25 M. fortzuerhalten. 3. Rein. Wenn Zweck derien die hiesigen Schriften (z. B. die Beiträge, populäre Aus- gabe) und die Schriften von Böllge am besten entsprechen. — C. R. Rein. — M. R. 41. Sind Sie zu einer Steuer, z. B. von 6 M. jährlich, veran- lagt, so betrifft dieser Steueranzahlung lediglich die Staatssteuer. Außer der Staatssteuer wird eine Gemeindesteuer erhoben. Diese Gemeindesteuer be- trägt in Prozenten der Einkünfte zur Staatssteuer. Die Prozenthöhe be- trägt für Berlin 100 Proz.; man hat also ebenfalls 100 Proz. wie Gemeinde- steuern zu zahlen. Demnach ist die Steuerentziehung eine dem Geheh ent- sprechende. Sind Sie zu hoch veranlagt, so müssen Sie innerhalb der viermonatlichen Reklamationsfrist reklamieren. Der sechsmonatliche Steueranzahlung entspricht ein Einkommen von 600 bis 1050 M. Haben Sie tatsächlich ein Einkommen von 1050 bis 1200 M. oder ein noch höheres, so wäre eine Reklamation nutzlos, da dann die Erhebung wegen der Kinderzahl erfolgt ist. Ebenso wäre eine Reklamation nutzlos, wenn die Ihnen gestellte Reklamationsfrist abgelaufen ist. — B. G. 40. Gebrauch ist nur strafbar, wenn wegen des Gebrauches die Ehe geschieden ist. Der Strafantrag ist an die Staatsanwaltschaft zu richten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Opern-Theater. Die Geißbo, oder: Eine japanische Theatervorstellung. Deutsches. Die verunkelte Glocke. Verding. Hahnenreich. Belle-Alliance. Dr. Jangels Jagd- abenteuer. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Morituri. (Teja, Fritzen, Das Ewig-Männliche.) Berliner. Kamazule Ritouche. Wefren. Im bunten Rod. Neues. Einen Zug will er sich machen. Kleines. Nachtsyl. Weibens. Die 100 Tage. Central. Der Raub der Sabinen- tinnen. Carl Weiss. Der Weg zum Herzen. Metropol. Ein tolles Jahr. Winter-Garten. Spezialitäten. Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten. Reichsdallen. Stettiner Sänger. Passage-Theater. Spezialitäten. Urania. Laubentruhe 48/49. Die Insel Rügen. Invaliden- str. 57/62. Zubalidenstr. 57/62. Stern- warte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater. 8 Uhr: Galspiel Josefine Dora und Emil Richard, Igl. Galspieler. Der Raub der Sabinerinnen. Schwant in 4 Akten von Schöndhan. Morgen: Dieselbe Vertheilung. Freitag: Onkel Bräsig. Fröbels Allerlei-Theater fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Deute: Gr. Garten-Konzert. Theater und Spezialitäten. Vollständig neue Epistelge. The Oaras, Schmidt Hawkins u. Extra-Tanz. Vorstellung Paul Hoppe. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sprechst. 50 Pf.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) (Moritz-Oper.) Donnerstagabend 8 Uhr: Galspiel Heinrich Bötzel. Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Freitagabend 8 Uhr: Der Freischütz. Sonnabendabend 8 Uhr: Die Fledermaus. Der Sommergarten ist eröffnet.

Urania. Taubonstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Die Insel Rügen. Sternwarte Invaliden- str. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Die vielbewunderten zusammengewachsenen Schwestern Rosa und Josefa: !! einzig dastehend in der Welt!!

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich nachmittags ab 5 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Morgen: Fräulein Julie.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Donnerstagabend 8 Uhr: Morituri (Teja, Fritzen, Das Ewig-Männliche). Freitagabend 8 Uhr: Morituri (Teja, Fritzen, Das Ewig-Männliche). Sonnabendabend 8 Uhr: Ein unbeschriebenes Blatt. Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Passage-Panoptikum. Der lange Josef 16 Jahre alt, 217 cm gross. Der Leichenfund in Charlottenburg. Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Einen Jux will er sich machen. Anfang 8 Uhr. Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Residenz-Theater. Heute und folgende Tage: Abends 8 Uhr: Die 300 Tage. Schwant in 3 Akten von Paul Sebant und Robert Charven. Deutsch von Alfred Palm. Etablissement Suggenhagen Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagslied. Im großen schattigen Natur- garten jeden Abend 8 Uhr: Konzert. Dienstags, Donnerstags, Sonntags: Fährmann-Horst-Walde- Säng. Sonnabends im Kaiserpal: Tanz.

Apollo-Theater. 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert. 8-9 1/2 Uhr: Das große Juni-Spezialitäten-Programm. Hierauf: Liebesgötter. Neu! Das große Aktuell! Gordon Bennett-Automobil-Rennen. Metropol-Theater. Der größte Erfolg dieses Jahres: Zum 100. Male: Ein tolles Jahr. Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater. Anf. Sonntags 3. Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abend- vorstellung 8 Uhr. Jim und Jam. 14 erstklassige Nummern. Victoria-Brauerei Lützowstr. 111/112. Täglich im Garten oder Saal: Korsis Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger. Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Gültigkeit.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen. Badstr. 58. Deute: Elite-Tag. Das Geniations-Juni-Programm. U. a.: Paul Coradini, Loro-Quartett. Die Tochter des Heimkehrten. Im Saale: Elite-Ball bei verstärktem Orchester. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf.

Berliner Prater Theater Kasiellen-Allee 7-9. Täglich: Goldene Herzen. Ballett: Im Nachtsyl. Harris, Kraftjongleur. The Jarrey. — Uipis. — Langoe. Ball, Konzert, Spezialität. Anfang 4 Uhr. Entr. 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf. Ostbahn-Park. Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 75/79. Direkt Ringbahnstation. Täglich: Ob Regen! Im herrlichen Garten ob. Gr. Saal: Das neue konturenlose Programm, ca. 36 erstklassige Nummern u. a. mit hübschem Beifall: Die 5 Wolsons die besten Afro- die besten Afro- baten der Welt. 4 Vulkanos, bester Wahnig-Alt. Die Berliner Lieblinge. Orig.: Mita Rosell, Lanz-Soubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist. Org.: Marco et Tajana. Org.: The 3 Schönbrunn ufm. Raffeküche. Volksveranstaltungen. Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: Ball. Entree 30 Pf.

Carl Weiss-Theater. Große Kanthofstr. 132. Abends 8 Uhr: Der Weg zum Herzen. Schauspiel in 1 Aufzügen u. 6 Bildern. Morgen: Dieselbe Vertheilung. Sonntagabend 8 Uhr: Hoo Römer. Im Garten: Theater und Speciali- täten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater. Diction: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Erste große Extra-Vorstellung. Nur einmalige Aufführung: Ein adeles Gefängnis. Dazu die erstklassigen Spezialitäten. Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Edith Helena. Bravour-Sängerin. Mason u. Forbes, amant. Excentric Clément Lion, Zauberkünster. Lysia Dobranow, Feuerkünsterin. Professor Masoul, kom. Jongleur. Perzinas dressierte Affen. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Will Mora, Reckkünster. Heloise Titcomb, Sängerin. Die 4 Milans, Kraftnummer. Neiss-Familie, akrobatischer Akt. „Pas de deux“, Ovanni und Hirtel. Lebende Photographien vom Kriegsschauplatz. Gossmanns Konzert-Garten SW., Auenbergstr. 48. Jeden Freitag: Harburger Sänger. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorkonzerte und Vesperkonzerte gültig. Nachher: Kränzchen. Jeden Sonntag: Gr. Freikonzert und Ball. Anfang 4 Uhr.

W. Noacks Theater. Diction: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Erste große Extra-Vorstellung. Nur einmalige Aufführung: Ein adeles Gefängnis. Dazu die erstklassigen Spezialitäten. Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Edith Helena. Bravour-Sängerin. Mason u. Forbes, amant. Excentric Clément Lion, Zauberkünster. Lysia Dobranow, Feuerkünsterin. Professor Masoul, kom. Jongleur. Perzinas dressierte Affen. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Will Mora, Reckkünster. Heloise Titcomb, Sängerin. Die 4 Milans, Kraftnummer. Neiss-Familie, akrobatischer Akt. „Pas de deux“, Ovanni und Hirtel. Lebende Photographien vom Kriegsschauplatz.

Gossmanns Konzert-Garten SW., Auenbergstr. 48. Jeden Freitag: Harburger Sänger. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorkonzerte und Vesperkonzerte gültig. Nachher: Kränzchen. Jeden Sonntag: Gr. Freikonzert und Ball. Anfang 4 Uhr.

